



**Untersuchung zu
„Sicherheit, Vorbeugung und Verhinde-
rung von Kriminalität“**

- Schlussbericht -

**Carsten Schrader, Heike Deckers,
Erik Schäffer**

Saarbrücken, im Dezember 2008



Impressum

Auftraggeber: Ministerium für Inneres und Sport
Franz-Josef-Röder-Str. 21
66119 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 501 00
Telefax: 0681 / 501 2234
Internet: http://saarland.de/ministerium_inneres_sport.htm

Autoren: Carsten Schrader, Erik Schäffer, Heike Deckers

Herausgeber: iSPO, Institut für Sozialforschung, Praxisberatung
und Organisationsentwicklung, Saarbrücken
Saargemünder Str. 40
66119 Saarbrücken

Telefon: 0681/98 501 - 67
Telefax: 0681/98 501 - 69
Internet: <http://www.ispo-institut.de>
Mail: ispo@ispo-institut.de

Saarbrücken, im Dezember 2008

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	03
2	Zielsetzung und Vorgehen der Untersuchung	04
3	Ergebnisse der Haushaltsbefragung und der Experten- interviews	08
3.1	Kriminalität insgesamt	08
	Die Sicherheitslage in Deutschland	08
	Die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland	09
	Kriminalität am jeweiligen Wohnort	11
	Vertrauen in die Polizei	13
3.2	Kriminalprävention	15
3.2.1	Kriminalprävention auf verschiedenen Ebenen	15
	Zum Begriff der Kriminalprävention	15
	Der Polizei zugeschriebene Chancen, Kriminalität vorzubeugen	16
	Die Rolle der Politik	16
	Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger/-innen bei der Kriminalprävention	18
3.2.2	Sensibilisierung der Bevölkerung für die Thematik	19
	Häufigkeit und Anlass der Beschäftigung mit dem Thema	19
	Verbreitung von Informationen zur Kriminalprävention	20
	Spezifische Beratung durch die Saarländische Polizei	22
3.2.3	Kommunale Maßnahmen zur Kriminalprävention	23
	Senioren-sicherheitsberater/-innen in saarländischen Kommunen	23
	Runde Tische / Arbeitsgemeinschaften zur Prävention	24
	Ideen und Anregungen der Befragten	26
3.2.4	Zusatzfragen im Erhebungsbereich Bexbach	30
4	Fazit und Ausblick	34
5	Handlungsempfehlungen	36
6	Literaturverzeichnis	38

Abbildungen und Tabellen

Abbildungen

Abb. 1:	Einschätzung der Befragten zur Sicherheit in Deutschland	08
Abb. 2:	Vertrauen in die Polizei, Straftaten aufzuklären	13
Abb. 3:	Vertrauen in die Polizei, Straftaten vorzubeugen	14
Abb. 4:	Verschiedene Dimensionen von Kriminalprävention	15
Abb. 5:	Chancen der Polizei, Kriminalität vorzubeugen	16
Abb. 6:	Rolle der Politik bei der Vorbeugung von Kriminalität	17
Abb. 7:	Möglichkeiten der Bürger, etwas gegen Kriminalität zu tun	18
Abb. 8:	Häufigkeit der Beschäftigung mit Fragen der Kriminalprävention	19
Abb. 9:	Anlass, sich mit Fragen der Kriminalprävention zu beschäftigen	20
Abb. 10:	Bevorzugte Informationsquellen zur Kriminalprävention	21
Abb. 11:	Bekanntheit „Sicher leben im Saarland“	23
Abb. 12:	Einschätzungen zu den Seniorensicherheitsberatern	24
Abb. 13:	Bereitschaft zur Mitarbeit an „Runden Tischen“ für Prävention	25
Abb. 14:	Anregungen und Ideen der Bürgerinnen und Bürger	27

Tabellen

Tab. 1:	Einschätzung bzgl. der Zunahme von Kriminalität in Deutschland	09
Tab. 2:	Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung am jeweiligen Wohnort	12
Tab. 3:	Unsichere Örtlichkeiten (nur Bexbach)	31
Tab. 4:	Ursachen für örtliche Unsicherheiten (nur Bexbach)	31
Tab. 5:	Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit in Bexbach	32

1 Ausgangslage

Nach Auffassung der Bundesregierung ist Deutschland eines der sichersten Länder der Welt. Sie stützt diese Meinung vor allem auf die Ergebnisse des Zweiten Periodischen Sicherheitsberichtes für Deutschland. Nach diesem Bericht lassen die verfügbaren Informationen den Schluss zu, dass Deutschland im internationalen Maßstab bei der Gewährleistung von Innerer Sicherheit günstig dasteht (vgl. BMI / BMJ, 2006a, S. 13ff.).

Auch das Saarland kann nach objektiven Kriterien als sicheres Bundesland angesehen werden. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik für das Jahr 2007 liegt im Saarland das (statistische) Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, mittlerweile sogar unter dem Niveau des Bundes (vgl. LKA mit den Zahlen für 2007, S.53; BMI, PKS für 2007, S.14).

Subjektiv gesehen mehrten sich aber sowohl in Deutschland als auch im Saarland die Stimmen, die bei Bürgerinnen und Bürgern von einer Zunahme eines „latenten Unsicherheitsempfindens“ ausgehen. So haben im Saarland in den letzten Jahren z.B. Vorkommnisse im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) oder etwa gar der Raubmord in Bexbach vor einigen Jahren für Aufsehen gesorgt. Derartige Übergriffe und sonstige, die Bevölkerung beunruhigende Beobachtungen führen dazu, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen offenbar schwindet.¹

Vorbeugung und Verhütung von Straftaten sind nur begrenzt alleine durch das Strafrecht möglich. Prävention kann nicht nur von Polizei und Justiz geleistet werden. Darüber hinaus sind Konzepte mit gesamtgesellschaftlichem und sozialpolitischem Anspruch notwendig. Konzepten der Kriminalprävention auf kommunaler Ebene kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu, denn ein Großteil alltäglicher Kriminalität spielt sich im engeren Wohnumfeld sowohl der Täter/-innen als auch der Opfer ab (vgl. BMI / BMJ, 2006b, S. 665).²

Auf kommunaler Ebene sind daher seit Anfang der 1990er Jahre in einer Reihe deutscher Städte und Gemeinden unter dem Stichwort „*Kommunale Kriminalprävention*“ Netzwerke und Gremien der Kommunikation und Kooperation zur Verhinderung von Alltagskriminalität und der Gewährleistung öffentlicher Ordnung entstanden (vgl. BMI / BMJ, 2006b, S. 671f.).

Im Saarland existieren derzeit in 22 Kommunen solche Gremien. In ihnen werden die Ressourcen unterschiedlicher Akteure (z.B. Ämter, Polizei, Justiz, Schulen, Kirchen, Vereine, Verbände, Privatpersonen) zusammengeführt (vgl. MIFFS 2006).

Um weitergehende und vertiefte Informationen zur Thematik zu erhalten, hat das Ministerium für Inneres und Sport des Saarlandes Ende 2006 das iSPO-Institut beauftragt, eine Untersuchung zu „Sicherheit, Vorbeugung und Verhinderung von Kriminalität“ durchzuführen. Der vorliegende Bericht referiert die Ergebnisse einer standardisierten Befragung in drei ausgewählten Regionen des Saarlandes und einer flankierend durchgeführten Befragung von saarländischen Expertinnen und Experten.

¹ Vgl. dazu den Artikel eines anonymen Leserreporters in der Saarbrücker Zeitung vom 24.01.08.

² Einen detaillierten Einblick in die Thematik gibt der Artikel von W. Heinz (2004): *Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht*.

2 Zielsetzung und Vorgehen der Untersuchung

Das Ministerium für Inneres und Sport des Saarlandes will genauer wissen, wie Sicherheit, Vorbeugung und Verhinderung von Kriminalität seitens der Öffentlichkeit beurteilt werden und inwieweit bzw. auf welche Weise in der Bevölkerung eine Beschäftigung mit diesem Themenkomplex stattfindet. Im Rahmen des Auftrags an iSPO werden deshalb Einschätzungen, Einstellungen, Erwartungen, Kenntnisse und Erfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern untersucht. Die Ergebnisse sollen Anhaltspunkte liefern, die folgenden Ziele (noch effektiver) zu erreichen:

- Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger,
- Stärkung des Bewusstseins für Kriminalprävention,
- Vermehrtes Einbinden von Bürgerinnen und Bürgern in Maßnahmen und Initiativen der Kriminalprävention.

Die Untersuchung soll Erkenntnisse insbesondere zu folgenden Fragestellungen liefern:

- (1) Wie lassen sich die Einschätzungen bzw. Einstellungen der Bürger/-innen zur Kriminalität und Kriminalprävention beschreiben?
- (2) Aus welchen Anlässen beschäftigen sich Bürger/-innen mit Fragen der Kriminalprävention?
- (3) Wie sind in der Bevölkerung Akzeptanz und Kenntnisnahme von Informationen zur Prävention einzuschätzen?
- (4) Welche Medien / Informationsmaterialien bevorzugen die Bürger/-innen?
- (5) Welche Einstellungen und Erwartungen im Hinblick auf Beratungsstellen zur Kriminalprävention lassen sich nachzeichnen?
- (6) Kennen die Befragten das Logo- und den Slogan „Sicher leben im Saarland“?
- (7) Welche Einschätzungen bzw. Fragen haben einschlägige Expertinnen und Experten?

In Abstimmung mit dem Auftraggeber wurde entschieden, dass die Untersuchung als Pilotstudie angelegt ist und zunächst in drei ausgewählten Regionen des Saarlandes durchgeführt wird. Bei der Auswahl der Regionen kamen diese Kriterien zur Anwendung:

- Es sollten sowohl ländlich geprägte als auch klein- und großstädtisch geprägte Regionen untersucht werden.
- In den ausgewählten Regionen sollten Beiräte bzw. Gremien zur Kriminalprävention bestehen.
- Es soll sich um Regionen mit gemischter Bevölkerung handeln, also nicht primär um besonders belastete Stadtteile oder Gemeinden.

Danach wurden folgende Regionen ausgewählt:

- Die **Gemeinde Großrosseln mit allen Gemeindeteilen**
Hier leben rund 9.000 Einwohner/-innen, von denen ca. 7 Prozent ausländische Mit-

bürger/-innen³ sind. Die Arbeitslosenquote des Geschäftsstellenbezirkes Völklingen der Arbeitsagentur, dem neben der Gemeinde Großrosseln die Stadt Völklingen angehört, liegt bei 10,1 Prozent. In Großrosseln sind 2855 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 260 sind arbeitslos und 169 erhalten Leistungen nach dem SGB II (Quelle: Statistisches Landesamt des Saarlandes; Bundesagentur für Arbeit Saarbrücken, Stand Januar 2008). Ein örtlicher ‚Runder Tisch‘ arbeitet unter dem Namen „Sicherheitsbeirat der Gemeinde Großrosseln“ seit dem Jahr 2003.

- Die **Landeshauptstadt Saarbrücken mit dem Eschberg, Scheidt, Schafbrücke und Bischmisheim**

In Saarbrücken leben rund 180.000 Menschen. Der Anteil ausländischer Mitbürger/-innen liegt bei 13,3 Prozent. 11,1 Prozent der Erwerbsfähigen sind arbeitslos. Leistungen nach SGB II erhalten 19,2 Prozent der Bevölkerung bis 64 Jahre. In die Untersuchung einbezogen wurden der Eschberg, Scheidt, Schafbrücke und Bischmisheim. Die Quoten für die Kriterien „Anteil an Ausländerinnen und Ausländer“, „Arbeitslosigkeit“, „Bezug von Leistungen nach dem SGB II“ liegen hier unter dem jeweiligen Schnitt der Gesamtstadt. Es ging darum, Gebiete Saarbrückens auszuwählen, die unter sozioökonomischen Aspekten nicht in erster Linie als benachteiligt gelten. In den genannten Stadtteilen leben zusammen rund 18.000 Menschen (Quelle: Landeshauptstadt Saarbrücken, Amt für Statistik und Wahlen, Stand Dezember 2006). Seit 2001 existiert ein ‚Runder Tisch‘ zum Thema mit dem Namen „Gesprächskreis Prävention und Innere Sicherheit“.

- Die **Stadt Bexbach mit allen Gemeindeteilen**

Bexbach hat rund 20.000 Einwohner. Der Anteil ausländischer Mitbürger/-innen ist mit 3,74 Prozent vergleichsweise gering. Sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind in Bexbach 6.506 Menschen, 505 sind arbeitslos gemeldet. Die Quote der Leistungsempfänger nach SGB II liegt bei 6,6%. Im Jahr 2000 nahm ein ‚Runder Tisch‘ mit dem Namen „Lenkungsgruppe öffentliche Sicherheit und Kriminalprävention“ seine Arbeit auf.

Die Untersuchung wurde in zwei Schritten durchgeführt. Der erste Untersuchungsschritt bestand in einer standardisierten Befragung der Bevölkerung in den drei Pilotregionen. Im zweiten Schritt wurden Interviews mit einschlägigen Expertinnen und Experten durchgeführt, die zu den Bevölkerungsgruppen „Jugendliche“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“ ihre Erfahrungen eingespielt haben.

Das Erhebungsinstrument zur Bevölkerungsbefragung wurde in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber entwickelt und in einem Pretest auf seine Tauglichkeit überprüft. Zusammen mit Anschreiben und Rückumschlag wurde der Fragebogen dann über den Saarbrücker Wochenspiegel bzw. den Gemeindeboten in Großrosseln an die Haushalte verteilt. In Bexbach übernahmen die Vor-Ort-Akteure die Organisation der Befragung. Auch hier wurde der Fragebogen an alle Haushalte verteilt. Der Rücklauf erfolgte durch Einwerfen in Rückgabeboxen (Wahlurnen), die in jedem der Saarbrücker Stadtteile und in jeder Teilgemeinde Großrossels und Bexbachs an zentralen Orten aufgestellt worden waren. In Großrosseln und den Saarbrücker Gebieten bestand die Möglichkeit, die Rückumschläge per Post an iSPO zu

³ Im Folgenden werden in dieser Untersuchung „ausländische Mitbürger/-innen“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“ bzw. „Migrantinnen und Migranten“ synonym verwendet.

senden. In Bexbach wurde auf die Rückgabemöglichkeit per Post verzichtet; es stand aber in den Gemeindeteilen und Wohnquartieren eine entsprechend größere Anzahl an Rückgabekisten bereit.

Ziel war es, dass möglichst alle Haushalte in den ausgewählten Regionen den Fragebogen erhalten. Es zeigte sich jedoch, dass die Verteilwege über den Saarbrücker Wochenspiegel und den Gemeindeboten in Großrosseln Schwachpunkte aufwiesen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass in diesen beiden Regionen nur ca. 90% der Haushalte den Fragebogen auch tatsächlich erhalten haben (das sind rd. 12.330 Haushalte: 8.100 in den Gebieten Saarbrückens Saarbrücken und 4.230 in Großrosseln).⁴ In Bexbach sind 9737 Haushalte angeschrieben worden. Aufgrund der Verteilung durch die Verantwortlichen vor Ort kann davon ausgegangen werden, dass hier mehr als 90% der Bürger/-innen den Fragebogen erhalten haben. Insgesamt ist somit rd. 22.000 Haushalten der Fragebogen zugegangen.

Zurückgegeben wurden 2215 Fragebogen (663 aus den Saarbrücker Stadtteilen = 8,2 Prozent; 152 aus Großrosseln = 3,5 Prozent und 1436 aus Bexbach = 14,7 Prozent). Bexbach ist mit rd. der Hälfte aller zurückgegebenen Fragebogen deutlich überrepräsentiert. Bei der Erörterung der Ergebnisse wird dies berücksichtigt. So ist es bei den sehr unterschiedlichen Stichprobengrößen z.B. nicht sinnvoll, einen statistisch fundierten Vergleich zwischen den Regionen anzustellen. Dies war auch nicht Ziel der Untersuchung.

Die Gesamtrücklaufquote der Bevölkerungsbefragung beträgt damit 10,2 Prozent. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist dies eine akzeptable Quote. Nicht als repräsentative Untersuchung angelegt, belegen die nachfolgenden Werte, dass sich im Rücklauf die Grundstruktur der Bevölkerung jeweils ganz gut abbildet. Betrachtet man etwa den Anteil von Männern und Frauen, so bewegen sich die Quoten des Fragebogenrücklaufs in den ausgewählten Regionen in etwa im Bereich der Normalverteilung der Gesamtwohnbevölkerung.⁵ Auch die Altersgruppen der 25- bis 60jährigen sind in allen Regionen in etwa mit dem Anteil vertreten, den sie an der Gesamtbevölkerung haben. (Zu) Wenig vertreten sind im Rücklauf unter 25-Jährige und Bürger/-innen mit Migrationshintergrund, während über 60-Jährige deutlich häufiger den Fragebogen zurückgeschickt haben, als dies ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Regionen entspricht.

In einem eigenen Untersuchungsschritt wurden im vierten Quartal 2008 ergänzende Interviews mit Expertinnen und Experten für die Bereiche „Jugendliche“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“ geführt. Als Gruppendiskussionen und Telefoninterviews organisiert, haben Expertinnen und Experten die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung diskutiert. Die Gespräche wurden exzerpiert und ihre Ergebnisse im Rahmen der nachfolgenden Darlegungen verarbeitet. Experten, die an den Gruppendiskussionen nicht teilnehmen konnten, wurden per Telefon interviewt. Im Vorfeld der Befragung war ein Gesprächsleitfaden entwickelt worden, der den Expertinnen und Experten zusammen mit dem Einladungsschreiben und

⁴ So haben uns aufmerksame Bürger/-innen in zwei der beteiligten Saarbrücker Stadtteile darauf aufmerksam gemacht, dass Exemplare des Wochenspiegels unverteilt aufgefunden wurden. Stichproben des Auftraggebers haben zudem ergeben, dass nicht in jedes Exemplar des Wochenspiegels ein Fragebogen eingelegt wurde. Auch ist bekannt, dass der Gemeindebote nicht jeden Haushalt in Großrosseln tatsächlich erreicht hat.

⁵ In den drei Regionen ist die Verteilung nach Geschlecht mit rund 52 Prozent weiblichen und 48 Prozent männlichen Bürgerinnen und Bürgern ziemlich ausgeglichen. Bei den Personen, die den Fragebogen beantwortet haben, ist das Verhältnis von Frauen und Männern umgekehrt.

dem Fragebogen für die Bevölkerungsbefragung zugesandt wurde. Es wurde um eine Rückmeldung gebeten zu den Themenfeldern Einschätzungen zum Thema Kriminalität und Kriminalprävention hinsichtlich der Bevölkerungsgruppen „Jugendliche“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“, Relevanz des Themas Kriminalprävention für diese Zielgruppen und hinsichtlich möglicher Ansätze und Strategien zur Einbeziehung der jeweiligen Bevölkerungsgruppen in kriminalpräventive Initiativen und Maßnahmen.

Übersicht der interviewten Expertinnen und Experten

- Ausländerbeirat (Sprecher und Geschäftsstelle)
- Kriminalitätsbeirat Neunkirchen (Integrationsbeauftragte)
- Gemeinwesenprojekt Brebach (Expertin für die Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund und zwei ehrenamtliche Mitarbeiterinnen aus den Zielgruppen)
- Deutsch-ausländischer Jugendclub Saarbrücken (Sprecherin)
- Landeskriminalamt Saarland (Leitung Polizeiliche Kriminalprävention und Opferchutz und Mitarbeiterin)
- Verband saarländischer Jugendzentren (Geschäftsführung)
- Jugendamt des Regionalverbandes Saarbrücken (Jugendpflegerin)
- Stadt Bexbach (Leiter der Stabsstelle Prävention)
- Landessportbund (zuständiger Mitarbeiter des Programms „Integration durch Sport“)
- Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V. (MA aus dem Jugendmigrationsdienst)
- Landesschülerversammlung (Landesschülervertreter und Vorsitzender der Bundesschülerkonferenz)
- Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur
(2 Experten aus dem Zuständigkeitsbereich „Förderung der Integration, Zuwanderung von Spätaussiedlern und jüdischen Emigranten“)

Das folgende Kapitel referiert die Ergebnisse entlang der Logik des Erhebungsinstrumentes zur Befragung der Bevölkerung. Immer dann, wenn ergänzende Informationen aus den Experteninterviews vorliegen, werden diese - mit einer eigenen Zwischenüberschrift kenntlich gemacht - angefügt.

3 Ergebnisse der Haushaltsbefragung und der Experteninterviews

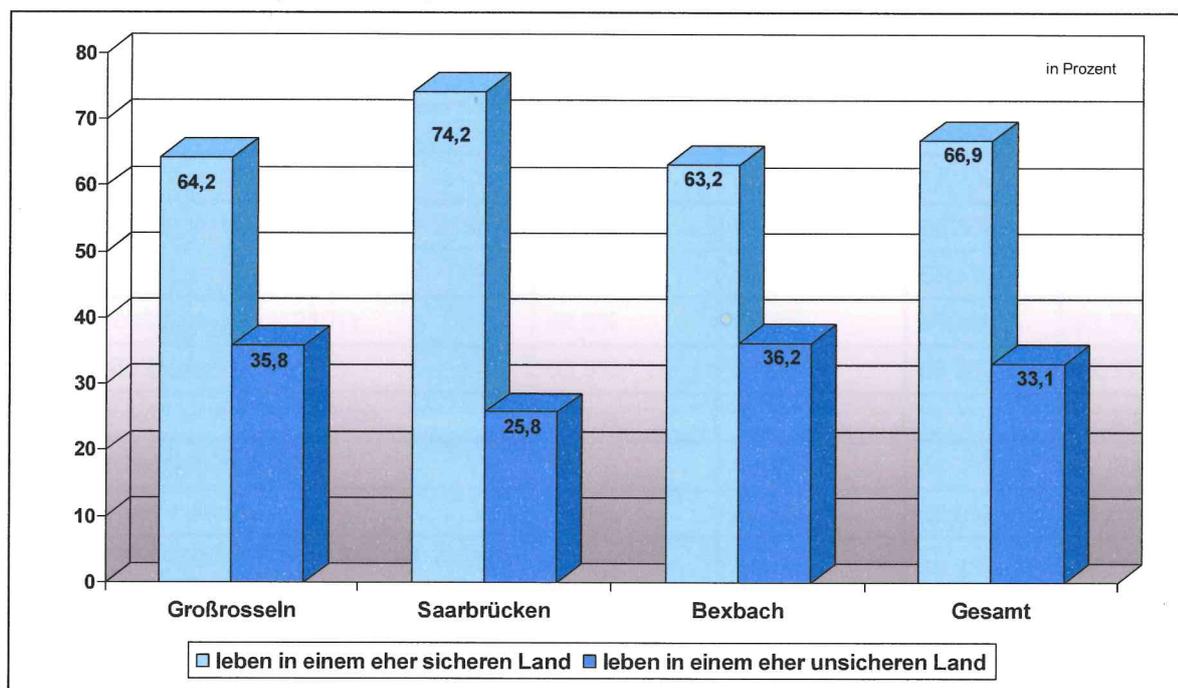
3.1 Kriminalität insgesamt

Die Sicherheitslage in Deutschland

Von den Bürger/-innen in den ausgewählten Regionen sollte in Erfahrung gebracht werden, wie sie die Kriminalität in Deutschland, aber auch an ihrem Wohnort einschätzen. Zudem sollte überprüft werden, inwieweit sich die positiven Ergebnisse aus Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik in den Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger bestätigen bzw. nicht bestätigen.

Zunächst ging es um die Frage, ob „wir in Deutschland in einem eher sicheren oder einem eher unsicheren Land leben“ (vgl. Abbildung 1).

Abb. 1: Einschätzung der Befragten zur Sicherheit in Deutschland



Quelle: iSPO-Befragung „Kriminalprävention“ (n=2003)

Die Mehrheit der Antwortenden vertritt die Auffassung, dass Deutschland ein eher sicheres Land ist (66,9 Prozent).

Bereits weiter vorne haben wir festgestellt, dass die Antwortenden in gewisser Weise die Bevölkerungsgruppen der untersuchten Gebiete widerspiegeln. Das Antwortverhalten zu dieser Frage liefert dazu einen weiteren Hinweis, wenn man die Antworten mit Ergebnissen anderer Studien zum subjektiven Sicherheitsgefühl in Deutschland vergleicht. Dort wird belegt, dass sich die Bürger/-innen in Deutschland seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zunehmend sicherer fühlen. Der Anteil derer, die in Befragungen ein Gefühl der Unsicherheit äußern, liegt je nach Studie zwischen 30 und 35 Prozent (vgl. BMI / BMJ, 2006b, S. 485ff.; Dittmann 2005).

Die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland

Eine andere Frage lautet, ob Kriminalität zu- oder abnimmt und bei welchen Formen der Kriminalität dies der Fall ist. Den Befragten wurden in einem nächsten Schritt verschiedene Deliktgruppen genannt und sie sollten ihre Einschätzung abgeben, ob diese Formen der Kriminalität *in Deutschland* zugenommen haben. Tabelle 1 gibt die Antworten wieder.⁶

Tabelle 1: Einschätzung bzgl. der Zunahme von Kriminalität in Deutschland

Delikt	Großrosseln	Saarbrücken	Bexbach	Gesamt
Verstöße im Straßenverkehr (n = 2116)	47,7 %	50,0%	56,8%	54,2%
Sexualstraftaten (n = 2112)	75,0%	70,0%	68,6%	69,5%
Einbrüche (n = 2132)	69,1%	60,7%	77,8%	72,1%
Diebstähle (n = 2118)	74,1%	63,7%	79,5%	74,4%
Gewalttaten (n = 2133)	77,0%	76,2%	83,6%	80,9%
Wirtschaftsstraftaten (n = 2064)	58,3%	63,5%	72,7%	68,9%
Zerstörungen (n = 2134)	71,3%	68,9%	76,9%	74,2%
Betrügereien (n = 2092)	64,8%	61,6%	72,3%	68,6%
Schmierereien an Hauswänden (n = 2125)	58,7%	64,4%	39,6%	48,4%
Steuerbetrug (n = 2071)	37,1%	42,9%	68,3%	58,6%
Sachbeschädigung (n = 2101)	64,6%	56,9%	66,8%	63,7%
Jugendkriminalität (n = 2132)	83,9%	77,2%	83,0%	81,3%
Ausländerkriminalität (n = 2124)	69,7%	66,9%	76,4%	73,1%
Rauschgiftdelikte (n = 2078)	56,3%	48,5%	54,6%	52,9%
Korruption (n = 2065)	50,4%	54,5%	62,9%	59,6%
durchschnittliche Einschätzung der Zunahme von Kriminalitätsdelikten	63,9%	61,7%	69,3%	66,7%

Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention

In Bezug auf fast alle Deliktbereiche geht die Mehrheit der Antwortenden davon aus, dass die Kriminalität in Deutschland zugenommen hat. Dies trifft besonders zu auf die Felder *Jugendkriminalität, Gewalttaten, Diebstahl, Zerstörungen, Ausländerkriminalität und Einbrüche*. Für diese Deliktbereiche geben über 70 Prozent der Antwortenden an, die Kriminalität nehme ihrer Einschätzung nach zu.

Vergleicht man die Antworten der Befragten aus den einzelnen Regionen, so fällt auf, dass die Antwortenden in Bexbach mit 69,3% den Zuwachs der Kriminalitätsrate am höchsten beurteilen, gefolgt von Großrosseln mit 63,9% und den Stadtteilen Saarbrückens mit 61,7%. Noch deutlichere Abweichungen zwischen den einzelnen Regionen zeigen sich, wenn man spezifische Kriminalitätsformen betrachtet: So differieren die Einschätzungen hinsichtlich der Zunahme des Deliktes „Steuerbetrug“ um 31,2 Prozentpunkte, des Deliktes „Schmierereien

⁶ Die Befragten sollten einschätzen, ob die jeweilige Form der Kriminalität in Deutschland eher zugenommen hat, gleich geblieben ist oder abgenommen hat. In der Tabelle sind - aus Gründen der Übersichtlichkeit - die Antworten berücksichtigt, die eine Zunahme konstatieren.

an Hauswänden“ um 24,8 Prozent und des Deliktes „Einbrüche“ um 17,1 Prozentpunkte. Ob solche auffälligen Unterschiede zufälliger Natur sind oder ob ihnen systematisch wirksame, ortsspezifische Ursachen zugrunde liegen, kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht beantwortet werden.

Insgesamt betrachtet lassen die Ergebnisse zu dieser Frage den Schluss zu, dass die Teilnehmer/-innen an der Befragung in allen drei Regionen grundsätzlich eine Zunahme der Kriminalität in Deutschland vermuten bzw. subjektiv wahrnehmen.

Mit den tatsächlichen Zahlen offizieller Statistiken stimmt dieses subjektive Empfinden - erwartungsgemäß - nicht überein: Im Jahr 2006 wurden für die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zum Vorjahr 1,4 Prozent und im Jahr 2007 0,3 Prozent Fälle weniger registriert (vgl. BMI für 2006, S. 3; BMI für 2007, S.4). Auch im längerfristigen Verlauf ist erkennbar, dass sich die Zahl der erfassten Fälle verringert hat (vgl. BMI für 2007, S. 14).

Auf der Basis allgemeiner Bevölkerungsumfragen lässt sich bis in die 1970er Jahre zurückverfolgen, dass Befragte subjektiv überwiegend von einem Anstieg der Kriminalität ausgehen, auch wenn dies durch die objektive Faktenlage nicht gedeckt ist (vgl. BMI / BMJ, 2006b, S. 492). Dies ist auch in den untersuchten saarländischen Regionen der Fall.

Weitere Differenzierungen sind möglich, wenn die Aussagen der Antwortenden mit der tatsächlichen Entwicklung der Kriminalität *in den genannten Deliktgruppen* verglichen werden. Auch hierzu stehen Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik auf Bundesebene zur Verfügung.

Die von den Antwortenden konstatierte Zunahme der Kriminalität in verschiedenen Deliktgruppen stimmt für das Jahr 2006 in einigen Fällen ziemlich genau mit der objektiven Faktenlage überein. Hierbei handelt es sich etwa um *Wirtschaftskriminalität, Sachbeschädigung, Gewaltkriminalität oder Steuerbetrug*. In anderen Deliktgruppen wiederum, etwa bei *Rauschgiftdelikten, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Diebstählen, Wohnungseinbrüchen sowie bei der Ausländer- und Jugendkriminalität*, stimmen die Einschätzungen der Antwortenden mit den objektiven Entwicklungen nicht überein.

Aus nationalen Untersuchungen ist das Phänomen bekannt, dass das Auftreten von Straftaten, die als besonders schwerwiegend empfunden werden (z.B. Gewalttaten) oder solcher mit hoher Medienwirkung (Sexualverbrechen, Jugendkriminalität) oftmals - teilweise um ein Vielfaches - überschätzt wird (vgl. BMI / MMJ, 2006b, S. 494).

In einer jüngeren Befragung zur Thematik von Pfeifer u. a. (2005) wurden die Probanden um eine Einschätzung gebeten, wie sich die Kriminalität in verschiedenen Deliktbereichen entwickelt hat. In den meisten Deliktgruppen - diese stimmen teilweise mit den hier vorgegebenen überein - gehen zwischen 70 und 90 Prozent von einer Zunahme aus. Im Vergleich dazu fallen die in Tabelle 1 aufgeführten Einschätzungen der Antwortenden in unserer Befragung moderat aus.

Ergänzende Einschätzungen der befragten Expertinnen und Experten

Wie bereits angesprochen gehören die Deliktbereiche „Jugendkriminalität“ und „Ausländerkriminalität“ zu denjenigen mit denen eine besonders hohe Zunahme von Kriminalität verbunden wird. In den Experteninterviews wurde deutlich, dass ein Grund für diese, der objektiven Faktenlage widersprechende, Einschätzung womöglich mit einem konsequenteren Anzeigenverhalten in der Bevölkerung zusammenhängt. Aufgefallen war dies bei Straftaten, bei denen Menschen mit Migrationshintergrund oder Jugendliche unter den Verdächtigen sind. In diesen Fällen zeige sich eine höhere Aufklärungswahrscheinlichkeit, so die Expertinnen und Experten. Ein anderer Grund könnte in der Berichterstattung durch die Medien liegen, die Fälle von Ausländerkriminalität in der Regel besonders hervorheben. Delikte, die typisch für einen bestimmten Migrationshintergrund bzw. eine bestimmte kulturelle Herkunft seien, gäbe es, so die Expertinnen und Experten, nicht. Entscheidend auch für Fälle von Ausländerkriminalität seien häufig soziale und milieubedingte Hintergründe.

Zudem wurde die Vermutung geäußert, dass häufig gegenüber Jugendlichen im öffentlichen Raum eine geringe Toleranz zu beobachten ist. In der Folge würden sie schneller und oft ungerechtfertigt als delinquent (und in der Assoziation mancher Bürger/-innen heißt dies dann als kriminell) eingestuft. Anwohner/-innen sind schnell verunsichert, wenn eine größere Anzahl Jugendlicher öffentliche Plätze frequentiert. Als Beispiel für diese Mechanismen kann angeführt werden: In den Experteninterviews wurde die Sicherheitslage in Bexbach weit weniger problematisch beschrieben, als dies nach den Befragungsergebnissen die Bexbacher Bürger einschätzen.

Kriminalität am jeweiligen Wohnort

Ein Großteil der alltäglichen Kriminalität spielt sich bekanntermaßen im engeren Wohnumfeld sowohl der Täter/-innen als auch der Opfer ab. Deshalb wurde im Rahmen der Bevölkerungsbefragung eruiert, wie sich aus der Sicht der Bevölkerung die Kriminalität am jeweiligen Wohnort entwickelt hat.

Den Befragten wurden hierzu dieselben Kriterien angeboten, wie sie in Tabelle 1 dargestellt sind. Sie sollten wiederum eine Einschätzung zur Kriminalitätsentwicklung im jeweiligen Deliktbereich abgeben. Die Ergebnisse sind in Tabelle 2 aufbereitet.⁷

⁷ Die Befragten sollten auch hier einschätzen, ob die jeweilige Form der Kriminalität in Deutschland eher zugenommen hat, gleich geblieben ist oder eher abgenommen hat. In der Tabelle sind diejenigen Antworten berücksichtigt, die eine Zunahme konstatieren.

Tabelle 2: Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung am jeweiligen Wohnort

Delikt	Großrosseln	Saarbrücken	Bexbach	Gesamt
Verstöße im Straßenverkehr (n = 2047)	24,8%	21,4%	28,3%	26,0%
Sexualstraftaten (n = 1898)	13,2%	7,4%	12,7%	11,2%
Einbrüche (n = 2041)	51,4%	32,8%	56,1%	48,9%
Diebstähle (n = 2015)	64,7%	27,4%	56,3%	48,3%
Gewalttaten (n = 2012)	41,8%	18,9%	61,3%	47,6%
Wirtschaftsstraftaten (n = 1833)	14,7%	12,5%	12,9%	12,9%
Zerstörungen (n = 2042)	66,7%	39,7%	62,6%	56,2%
Betrügereien (n = 1924)	37,0%	17,0%	34,6%	29,5%
Schmierereien an Hauswänden n = 2033)	52,1%	46,1%	29,7%	36,2%
Steuerbetrug (n = 1814)	10,2%	11,1%	17,7%	15,2%
Sachbeschädigung (n = 2009)	59,0%	39,4%	62,3%	55,4%
Jugendkriminalität (n = 1998)	64,3%	37,5%	69,9%	60,0%
Ausländerkriminalität (n = 1966)	45,3%	30,7%	63,6%	52,7%
Rauschgiftdelikte (n = 1905)	31,9%	22,6%	32,0%	29,2%
Korruption (n = 1808)	18,9%	14,8%	22,1%	19,7%
durchschnittliche Einschätzung der Zunahme von Kriminalitätsdelikten	39,7%	25,3%	41,5%	36,6%

Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention

Im Vergleich zur Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung in Deutschland (vgl. Tabelle 1) fällt auf, dass die Antwortenden jeweils in geringerem Maße von einer Zunahme der Kriminalität in den verschiedenen Deliktgruppen am eigenen Wohnort ausgehen. Auch dies stimmt mit nationalen Studien überein. Seit Jahrzehnten lässt sich feststellen, dass die Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung um so positiver ausfällt, je kleinräumiger das Gebiet ist, für das die Einschätzung vorgenommen werden soll. Anders ausgedrückt: Menschen vermuten deutlich häufiger einen Anstieg der Kriminalität auf nationaler Ebene als in ihrem eigenen Stadtteil bzw. ihrer eigenen Gemeinde (BMI / BMJ, 2006b, S. 494; Schwind u. a. 1998).

Ein Vergleich der Tabellen 1 und 2 zeigt darüber hinaus, dass am jeweiligen Wohnort in der subjektiven Einschätzung andere Deliktgruppen mit einer Zunahme in Verbindung gebracht werden als für Deutschland insgesamt. Aus Sicht der Antwortenden nimmt die Kriminalität in Deutschland vor allem in den Feldern *Jugendkriminalität*, *Gewalttaten* und *Diebstahl* zu. Am eigenen Wohnort dagegen wird von den Bürger/-innen, die den Fragebogen beantwortet haben, am häufigsten *Jugendkriminalität*, dann aber abweichend eine *Zunahme von Zerstörungen sowie Sachbeschädigungen* wahrgenommen.

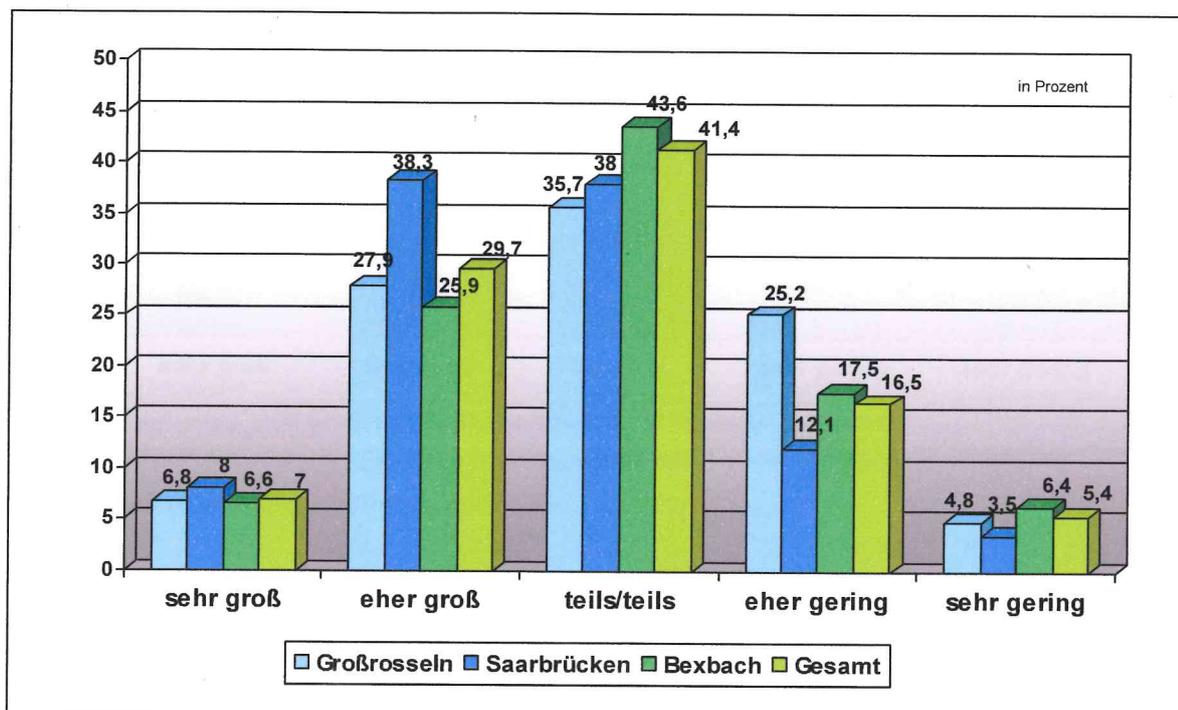
Im Vergleich der einzelnen Regionen treten einige Unterschiede zu Tage. Während in Großrosseln Zerstörungen (66,7 Prozent), Diebstähle (64,7 Prozent) und Jugendkriminalität (64,3 Prozent) die Rangliste anführen, schätzen die Antwortenden aus den Saarbrücker Stadttei-

len den Zuwachs der Kriminalität anders ein: Schmierereien an den Hauswänden stehen hier mit 46,1 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Zerstörungen (39,7 Prozent) und Sachbeschädigung mit 39,4 Prozent. In Bexbach sehen 69,9 Prozent der Antwortenden die größte Zunahme in der Jugendkriminalität. Ausländerkriminalität (63,6 Prozent) und Zerstörungen (62,6 Prozent) stehen hier an zweiter und dritter Stelle.

Vertrauen in die Polizei

Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung hängt mit davon ab, ob Bürger/-innen der Polizei zutrauen, Straftaten zu verhindern oder doch zumindest begangene Straftaten aufzuklären. Aus diesem Grund wurden die Befragten gebeten, ihre Meinung zu diesen beiden Aspekten kundzutun. Die Antworten auf die Frage, wie groß das Vertrauen der Bürger/-innen in die polizeiliche Aufklärung von Straftaten ist, veranschaulicht Abbildung 2.

Abb. 2: Vertrauen in die Polizei, Straftaten aufzuklären



Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention (n =2138)

Es zeigt sich, dass ca. 37 Prozent aller Antwortenden sehr großes oder großes Vertrauen in die Polizei haben, begangene Straftaten aufzuklären. Der Anteil dieser Gruppe von Antwortenden ist größer als der Personenkreis, der angibt, eher geringes oder sehr geringes Vertrauen zu haben (rd. 22 Prozent aller Befragten antworten in diese Richtung). Ein sehr hoher Prozentsatz (41,4 Prozent) der Antwortenden legt sich allerdings nicht fest und antwortet mit „teils/teils“.

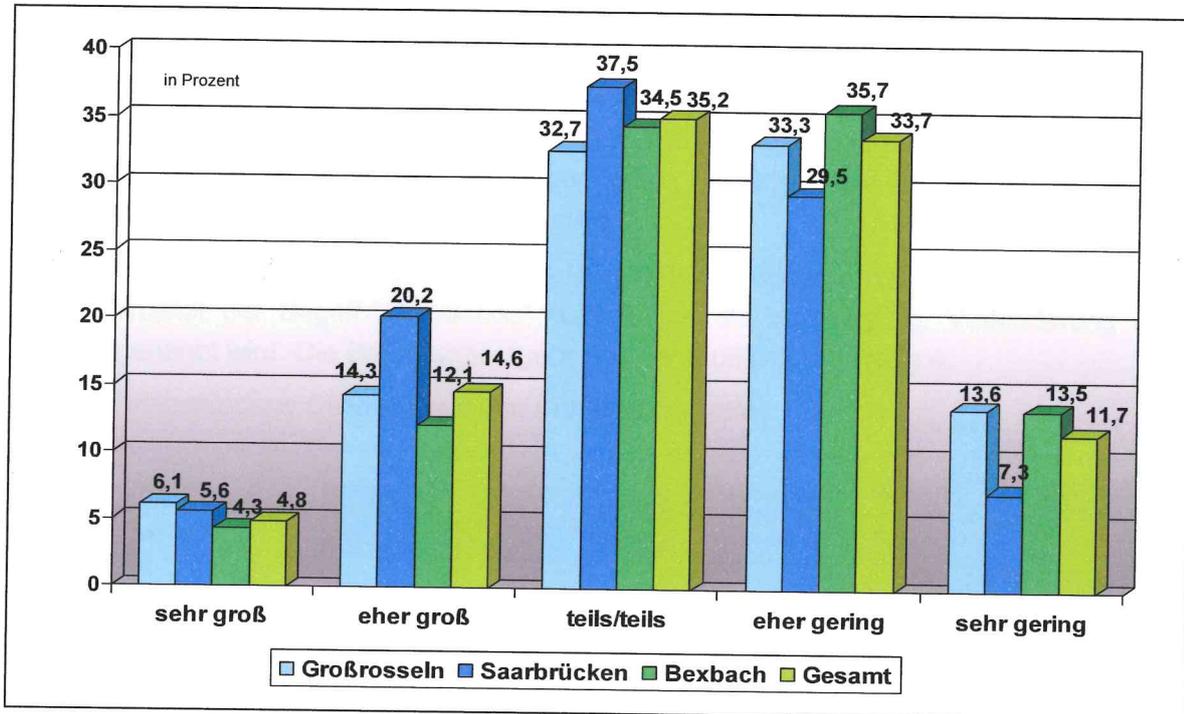
Die tatsächlichen Aufklärungsquoten liegen nach Aussagen der Polizeilichen Kriminalstatistik sowohl im Bund als auch im Saarland seit 1997 konstant über 50 Prozent (LKA mit den Zahlen für 2006, S. 11). Vor diesem Hintergrund kommen die Einschätzungen der Antwortenden der Realität ziemlich nahe.

Deutlich werden in der Abbildung zudem die regionalen Unterschiede im Antwortverhalten der Befragten. Danach haben die Antwortenden in Großrosseln und Bexbach deutlich weni-

ger Vertrauen in die Polizei, Straftaten aufzuklären, als diejenigen in den Saarbrücker Stadtteilen.

Das Vertrauen in die Polizei lässt sich auch daran messen, inwieweit ihr eine wirksame Vorbeugung von Straftaten zugetraut wird. Abbildung 3 lässt erkennen, wie groß das Vertrauen der Antwortenden in die Polizei ist, Straftaten vorzubeugen.

Abb. 3: Vertrauen in die Polizei, Straftaten vorzubeugen



Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention (n = 2128)

Danach hat der größere Teil der Antwortenden in Bezug auf diese Frage ein geringes oder sehr geringes Vertrauen in die Polizei. Rund 45 Prozent aller Antwortenden wählen eine dieser beiden Kategorien. Lediglich ca. 20 Prozent geben an, sie hätten sehr großes bzw. eher großes Vertrauen in die Polizei, Straftaten vorbeugen zu können. Wie bei der vorherigen Frage antwortet ein hoher Prozentsatz - hier sind es 35,2 Prozent aller Antwortenden - mit „teils/teils“. Die Antwortenden trauen demnach der Polizei eher zu, dass sie Straftaten aufklärt, als dass sie Straftaten vorbeugt.

Beim Vergleich der Regionen fällt erneut auf, dass das Vertrauen der Antwortenden in die Polizei in Großrosseln und Bexbach geringer ist als in der Stadt Saarbrücken.

Ergänzende Einschätzungen der befragten Expertinnen und Experten

Die Experteninterviews ergaben zum Thema „Vertrauen in die Polizei“ ebenfalls uneinheitliche Ergebnisse. Besonders hervorzuheben sind die Einschätzungen der Menschen mit Migrationshintergrund. Aus deren Sicht ist es oftmals so, dass das Ausmaß des Vertrauens in die Polizei u.a. vom Herkunftsland und von den dort vorherrschenden politischen Bedingungen abhängt. Mit „Polizei“ werden unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche Assoziationen verbunden. So bedeutet „Polizei“ für bestimmte Gruppen von Menschen mit Migrati-

onshintergrund eher im positiven Sinne Sicherheit und Ordnung, während andere Polizei in Verbindung bringen mit Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund oder mit im Herkunftsland erfahrener staatlicher Willkür.

3.2 Kriminalprävention

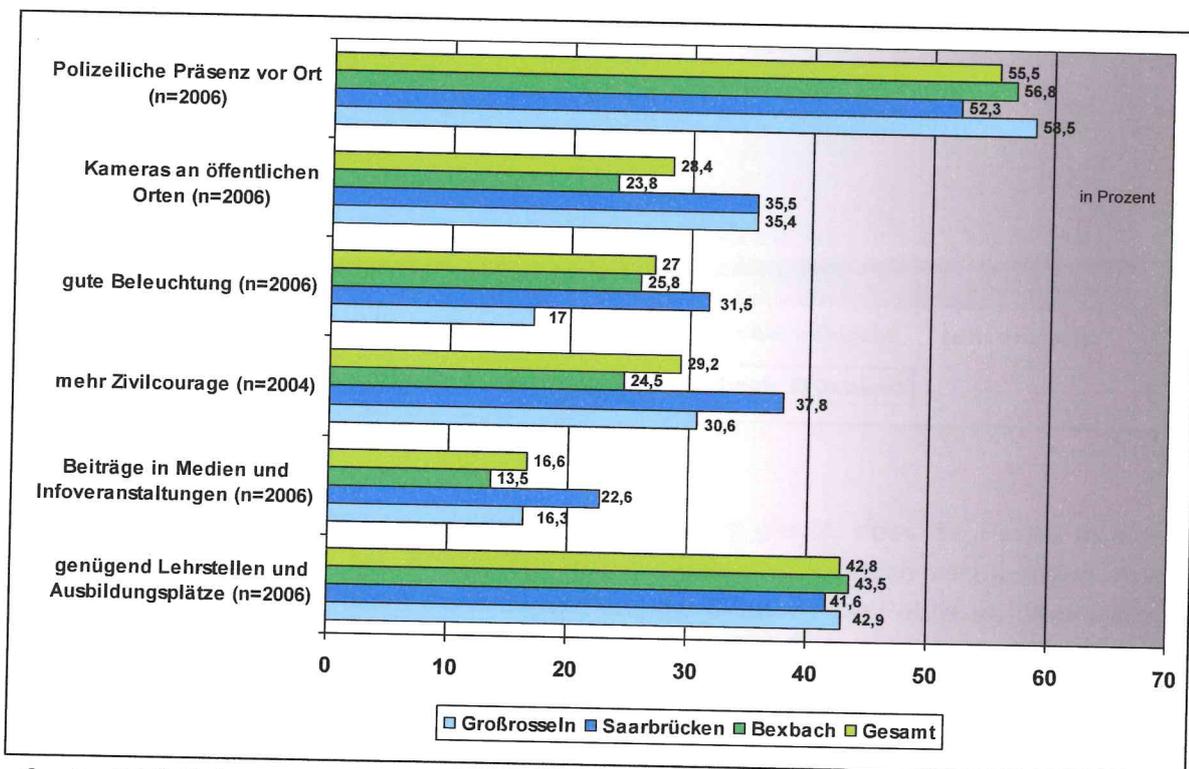
3.2.1 Kriminalprävention auf verschiedenen Ebenen

Zum Begriff der Kriminalprävention

Der nächste Komplex der Bevölkerungsbefragung und der Experteninterviews beschäftigt sich mit der Thematik *Kriminalprävention*. Es sollte herausgefunden werden, welche Handlungsmöglichkeiten aus Sicht der Befragten Polizei, Politik und die Zivilgesellschaft haben, damit Straftaten erst gar nicht begangen werden.

Zunächst hat dabei interessiert, woran die Bürger/-innen denken, wenn im Zusammenhang mit Kriminalität der Begriff „Prävention“ (verstanden als Vorbeugung, Verhinderung oder Schutz) genannt wird. Die Befragungsergebnisse verdeutlicht Abbildung 4.

Abb. 4: Verschiedene Dimensionen von Kriminalprävention



Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention, Mehrfachnennungen möglich

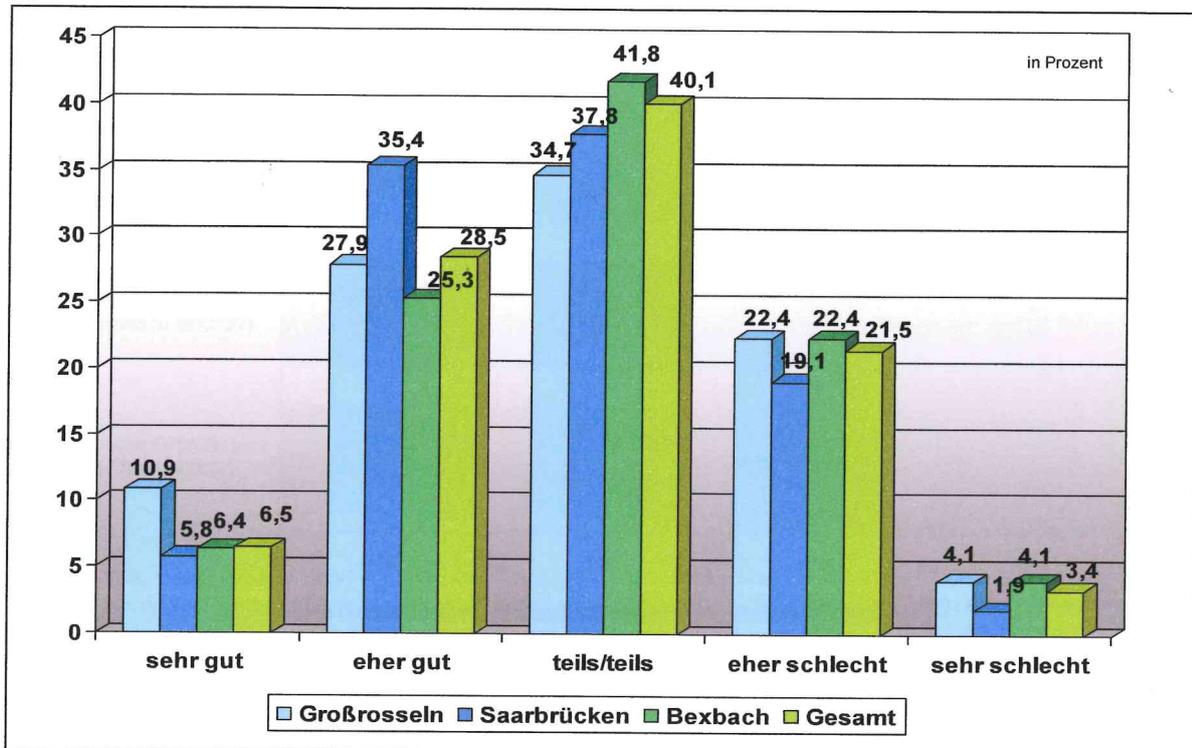
In erster Linie verbinden die Antwortenden mit Kriminalprävention „Präsenz der Polizei vor Ort“. Über 50 Prozent der Antwortenden haben diese Kategorie gewählt. Die zweithäufigsten Antworten (rd. 43%) entfallen in allen drei Regionen auf die Kategorie „genügend Lehrstellen und Arbeitsplätze“. Dies ist ein Hinweis darauf, dass - aus Sicht der Antwortenden - Kriminalprävention nicht nur im engeren Sinne durch die Polizei zu leisten ist. Vielmehr muss Kriminalprävention auch Aufgabe der politisch Verantwortlichen sein.

Mehr Zivilcourage, Kameras an öffentlichen Stellen und gute Beleuchtung liegen in der Rangfolge dicht beieinander. Diese Aspekte werden von den Antwortenden als geeignete Mittel gesehen, der Kriminalität entgegenzuwirken bzw. als geeignete Instrumente zur Aufklärung von Straftaten.

Der Polizei zugeschriebene Chancen, Kriminalität vorzubeugen

Die Antworten auf die Frage, welche Chancen, Kriminalität vorzubeugen der Polizei zugeschrieben werden, veranschaulicht Abbildung 5.

Abb. 5: Chancen der Polizei, Kriminalität vorzubeugen



Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention (n=2162)

Rd. 35% der Antwortenden der Bevölkerungsbefragung glaubt, dass die Polizei in einem hohen Maße die Chance hat, Kriminalität vorzubeugen bzw. teilweise vorzubeugen. Andererseits beurteilen 24,9 Prozent der Antwortenden die Chancen der Polizei als eher schlecht oder sogar sehr schlecht. 40% der Antwortenden sind ambivalent.

In der Zusammenfassung bedeutet dies, dass der Polizei ein gewisses Potenzial für wirksames kriminalpräventives Handeln zugeschrieben wird, dass aber hinsichtlich der Realität eine Diskrepanz zwischen Möglichkeiten und erlebter Praxis besteht.

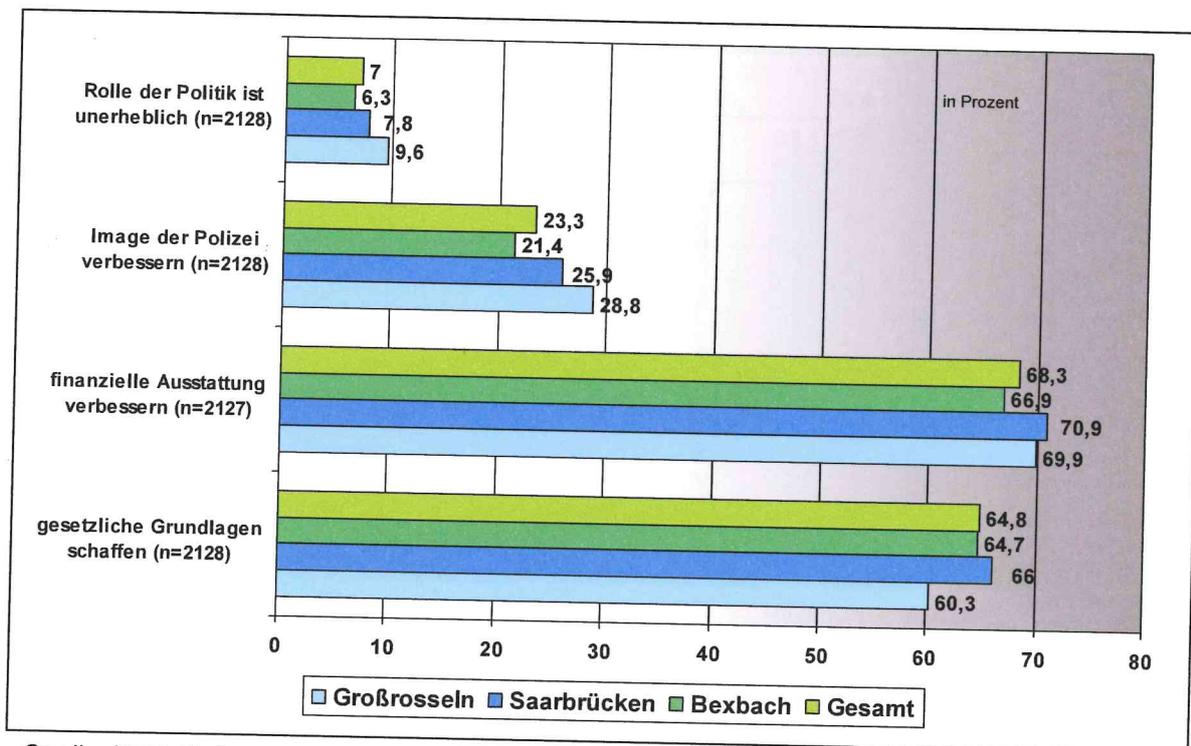
Die Rolle der Politik

Rund 40 Prozent der Antwortenden geben an, dass aus ihrer Sicht „genügend Lehrstellen und Arbeitsplätze“ die beste Form der Prävention sind (vgl. Abbildung 4). Sie befinden sich mit dieser Ansicht in guter Gesellschaft. So hat etwa Franz von List bereits 1905 zum Ausdruck gebracht, dass „eine gute Sozialpolitik die beste und wirksamste Kriminalpolitik“ ist. Die aktuellen Konzepte der primären Kriminalprävention vertreten eine ähnliche Sicht, indem

versucht wird, durch sozialpolitische Maßnahmen Kriminalität vorzubeugen bzw. entgegenzuwirken (BMI / BMJ, 2006b, S. 668).

Die Bürger/-innen wurden gefragt, wie sie die Rolle der Politik insgesamt im Hinblick auf Kriminalprävention sehen und welche Akzente Politik außerhalb von Sozialpolitik setzen kann. Abbildung 6 gibt die Ergebnisse wieder.

Abb. 6: Rolle der Politik bei der Vorbeugung von Kriminalität



Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention, Mehrfachnennung möglich

Damit bestätigen die Antwortenden grundsätzlich die Bedeutung der Politik für Kriminalprävention. Mit 7 Prozent aller Antwortenden stuft lediglich ein geringer Teil die Rolle der Politik als unerheblich ein. Interessant ist, dass nach den Antworten die Politik vor allem dann gefordert ist, wenn es um die *Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Polizei* sowie um das *Schaffen entsprechender gesetzlicher Grundlagen* geht.

Rund 70 Prozent der Antwortenden sind der Auffassung, die *Politik sollte die finanzielle Ausstattung der Polizei verbessern*.⁸ Rund 65 Prozent meint, der *Politik komme die Aufgabe zu, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu schaffen*. Rund ein Viertel der Antwortenden ist der Auffassung, die *Politik müsse mithelfen, das Image der Polizei zu verbessern*.

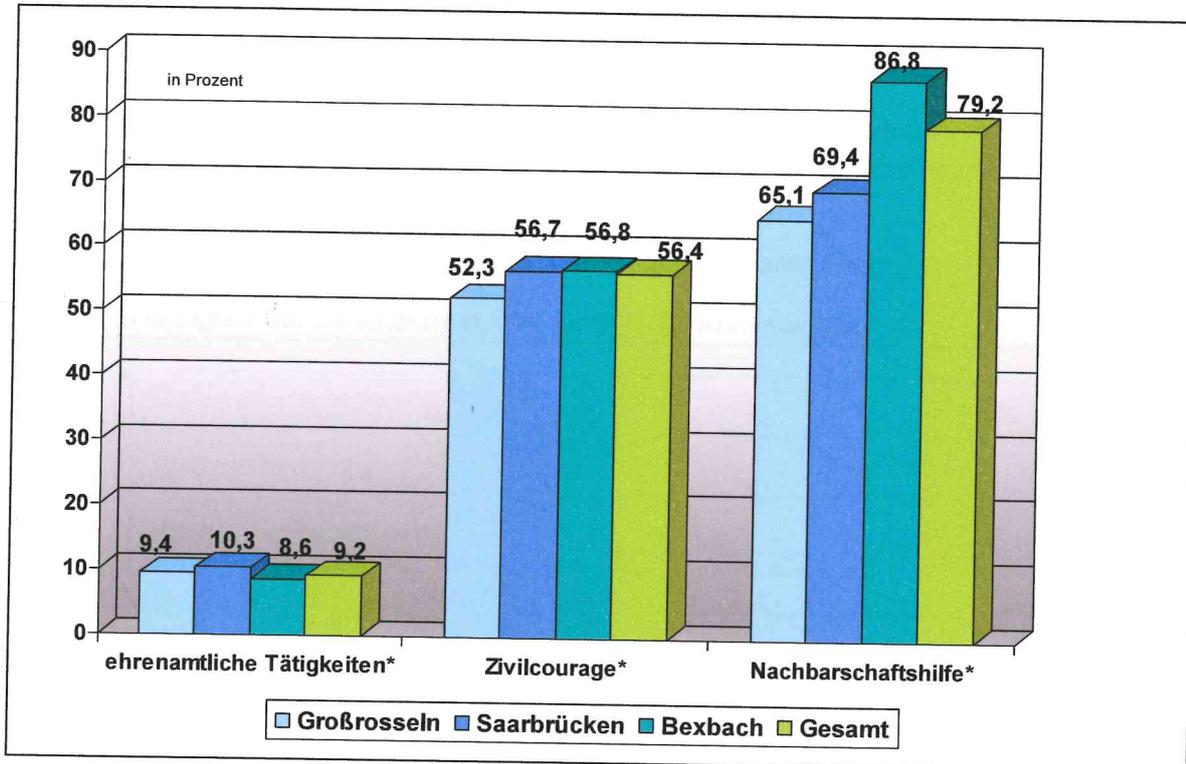
Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger/-innen bei der Kriminalprävention

Weiter vorne haben wir dargelegt, dass rund 30 Prozent der Antwortenden den Begriff Kriminalitätsprävention u. a. mit „mehr Zivilcourage“ verbinden. Um hierzu genaueres zu erfahren, wurde gefragt, wie groß die eigenen Möglichkeiten gesehen werden, etwas gegen Kriminalität zu tun und wie dies im Einzelnen aussehen könnte.

⁸ Vgl.: In jüngerer Zeit wurde der Personalbestand der saarländischen Polizei nach und nach erhöht, nachdem es zuvor Jahre gab, in denen keine bzw. kaum neuen Polizistinnen und Polizisten eingestellt wurden.

Insgesamt gaben 44,6 Prozent an, die Möglichkeiten, der Bürger/-innen, etwas gegen Kriminalität zu tun, seien „sehr groß“ (53,6 Prozent in Saarbrücken, 50 Prozent in Großrosseln und 39,9 Prozent in Bexbach.). Abbildung 7 führt auf, welche Möglichkeiten aus Sicht der Antwortenden bestehen.

Abb. 7: Möglichkeiten der Bürger, etwas gegen Kriminalität zu tun



Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention, Mehrfachnennung möglich (n=1837)

Deutlich mehr als drei Viertel aller Antwortenden sind der Auffassung, dass etwa durch Nachbarschaftshilfe Einbrüche verhindert werden können. Besonders in Bexbach hat die Nachbarschaftshilfe mit 86,8 Prozent als Möglichkeit der Bürger/-innen, etwas gegen Kriminalität zu tun, offenbar einen sehr hohen Stellenwert.

Diese Meinung stimmt mit Darlegungen in der Literatur zum Thema „Kriminalprävention“ überein. Nach dem Konzept der *situationsbezogenen Kriminalprävention* sollen Personen bzw. Situationen direkt oder indirekt beeinflusst werden, das Risiko, dass Straftaten begangen werden, zu vermindern. Neben der Einschränkung von Verbrechen fördernden Gelegenheiten (z. B. mehr Präsenz durch Polizei, Überwachung durch Kameras, vgl. Abbildung 4) kann dies nach dem erwähnten Konzept der situationsbezogenen Kriminalprävention u. a. durch Formen der Nachbarschaftshilfe geschehen (vg. BMI / BMJ, 2006b, S. 667).

Auch Zivilcourage wird von den Antwortenden zu einem hohen Prozentsatz (rd. 56%) als Möglichkeit der Bürger/-innen gesehen, Kriminalität entgegenzuwirken.

Deutlich skeptischer wird ehrenamtliche Tätigkeit eingestuft. Lediglich 9,2 Prozent der Antwortenden sehen ehrenamtliches Engagement als Mittel zur Vorbeugung von Kriminalität.

3.2.2 Sensibilisierung der Bevölkerung für die Thematik

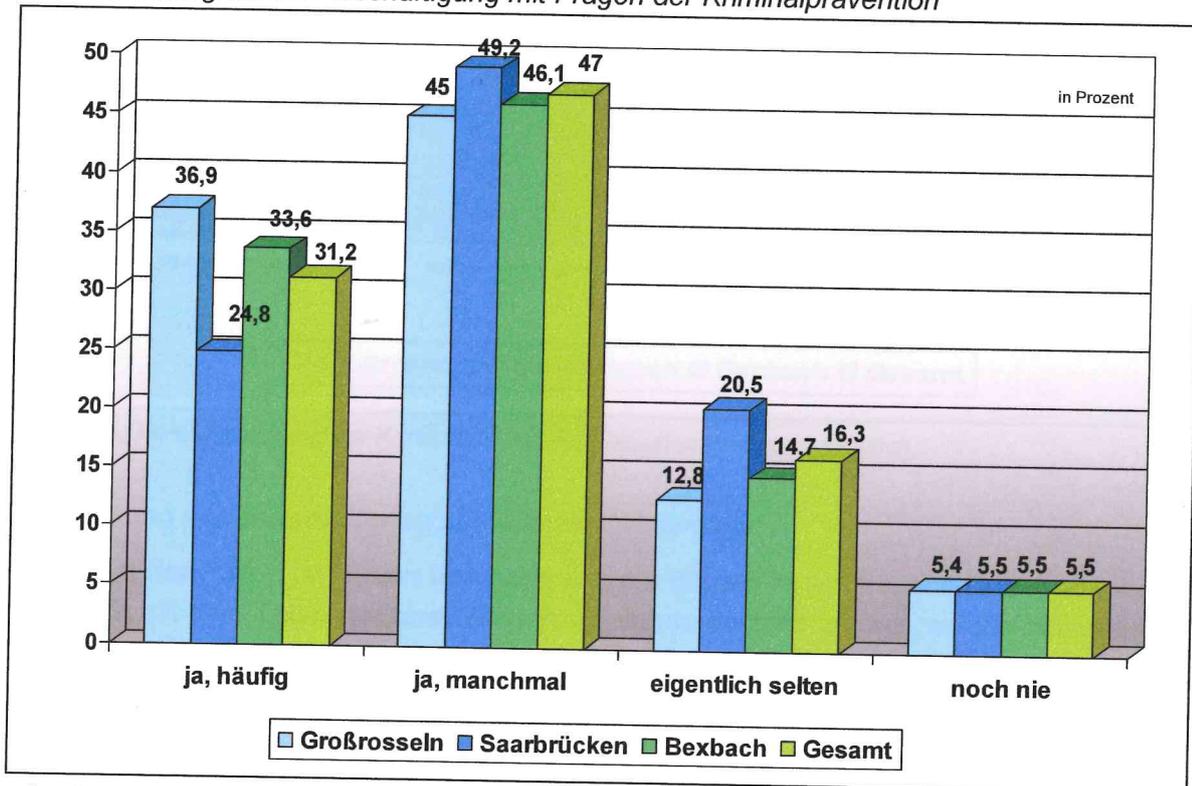
Häufigkeit und Anlass der Beschäftigung mit dem Thema

In einem weiteren Themenkomplex wird der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Bürger/-innen selbst bereits einmal mit Fragen der Prävention beschäftigt haben und welche Möglichkeiten die Polizei besitzt, das Thema noch stärker in der Bevölkerung zu verankern. Die Bürger/-innen in den ausgewählten Regionen wurden gefragt, ob sie sich bereits einmal mit Fragen der Prävention beschäftigt haben (vgl. Abbildung 8).

Die Abbildung verdeutlicht, dass sich der größere Teil der Antwortenden „häufig“ (31,2 Prozent aller Antwortenden) oder doch „manchmal“ (47,0 Prozent aller Antwortenden) mit Fragen der Kriminalprävention beschäftigt hat.

Weiterhin interessiert der Anlass zur Beschäftigung mit diesem Thema.

Abb. 8: Häufigkeit der Beschäftigung mit Fragen der Kriminalprävention



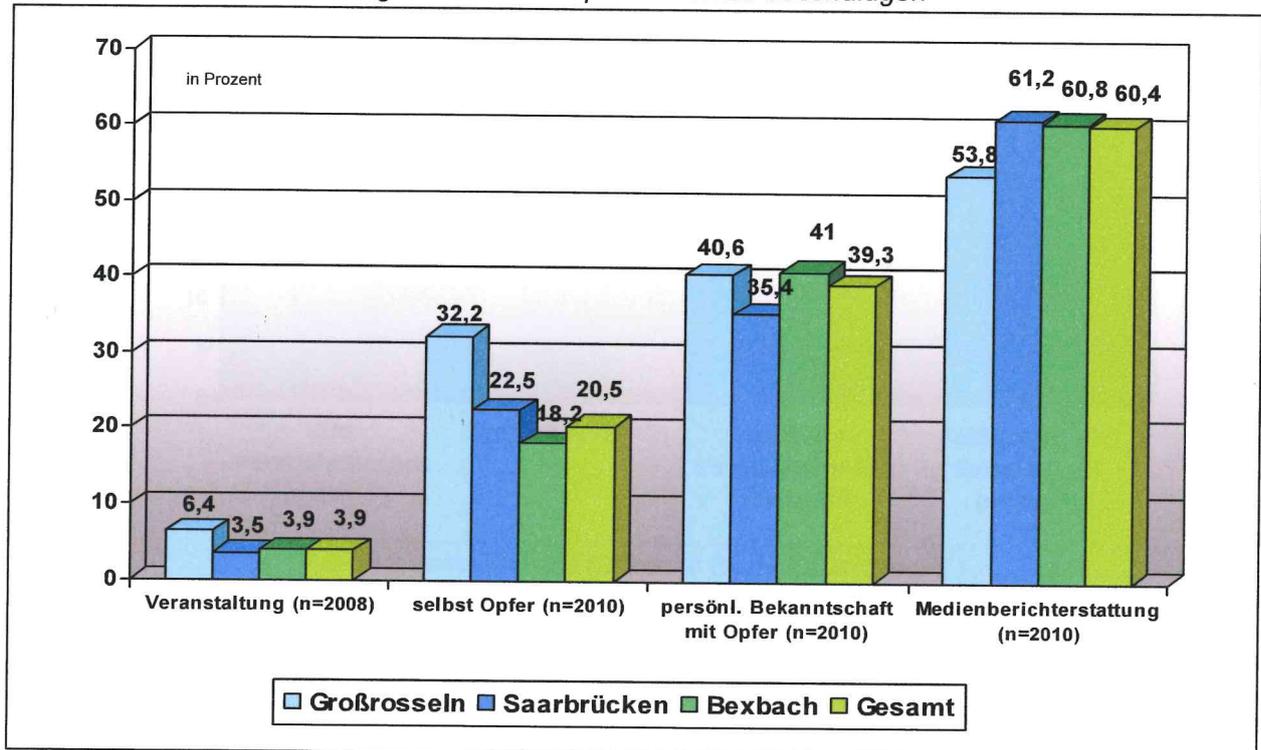
Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention (n=2127)

Diejenigen Antwortenden, die angaben, sich bereits mit Fragen der Kriminalprävention befasst zu haben, wurden gebeten, den Anlass zu nennen. Die Ergebnisse zeigt Abbildung 9.

Demnach lässt sich zunächst festhalten, dass in allen Regionen der größte Teil der Antwortenden „über die Medien“ auf das Thema aufmerksam geworden ist. Ein beachtlicher Teil der Antwortenden äußert, bereits einmal Opfer einer Straftat gewesen zu sein oder eine solche in unmittelbarer Umgebung erlebt zu haben. 39 Prozent der Antwortenden kennen eine Person in unmittelbarer persönlicher Umgebung, die von einer Straftat betroffen war und 20 Prozent haben sich mit Kriminalprävention beschäftigt, weil sie bereits selbst einmal Opfer einer Straftat geworden sind.

In der Literatur wird immer wieder strittig diskutiert, ob Opfer krimineller Handlungen oder Angehörige von Opfern vermehrt Angst vor Kriminalität haben. Dass hier Zusammenhänge bestehen, ist nicht eindeutig belegt, entsprechende Einflüsse sind aus psychologischer Sicht aber nahe liegend (vgl. Boers 1991).

Abb. 9: Anlass, sich mit Fragen der Kriminalprävention zu beschäftigen



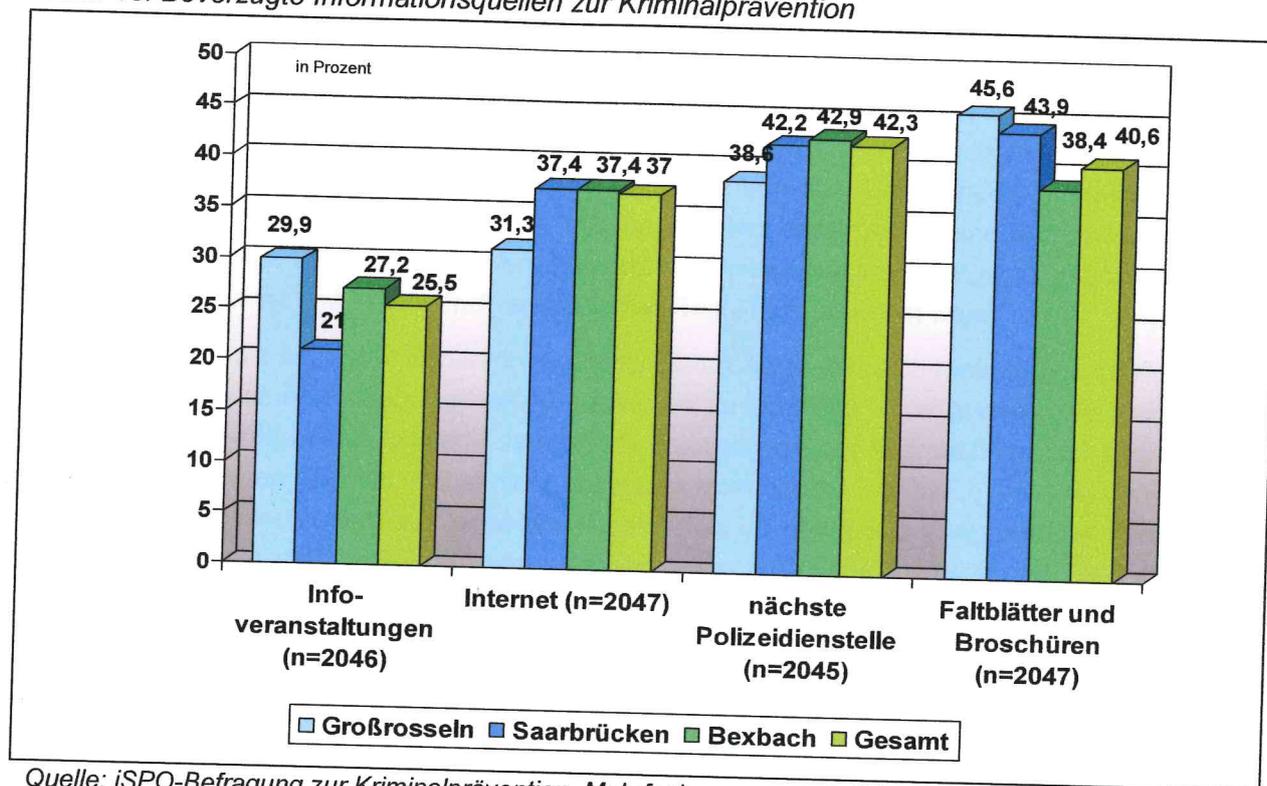
Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention, Mehrfachnennung möglich

Verbreitung von Informationen zur Kriminalprävention

Aus Sicht der Polizei ist es von Interesse, wie sie Bürger/-innen erreichen kann, die vorhaben, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Es wurde deshalb gefragt, welche Informationswege von der Bevölkerung bevorzugt würden. Abbildung 10 liefert einen Überblick über die Aussagen.

Die Mehrheit der Antwortenden würde sich bei der nächsten Polizeidienststelle informieren (42,3 Prozent) bzw. über Faltblätter und Broschüren (40,6 Prozent). Auch das Internet als modernes Medium ist für die Antwortenden eine Quelle, sich Informationen über Kriminalprävention zu beschaffen. Mehr als ein Drittel der Antwortenden (37,0 Prozent) hat diese Aussage gewählt. Informationsveranstaltungen als Quelle gibt rund ein Viertel an (25,5 Prozent).

Abb. 10: Bevorzugte Informationsquellen zur Kriminalprävention



Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention, Mehrfachnennung möglich

Eine weitere Frage war, ob man eine Beratung durch die Polizei annehmen würde. 79,3 Prozent aller Antwortenden bejahten dies (81,2 Prozent in Saarbrücken, 77,6 Prozent in Großrosseln und 78,6 Prozent in Bexbach). 40,7 Prozent aller Antwortenden gaben an, diese Beratung solle in einer Polizeidienststelle stattfinden. Immerhin 35,7 Prozent würden eine Beratung durch die Polizei an neutralem Ort bevorzugen. 23,5 Prozent der Antwortenden können sich vorstellen, dass diese Beratung bei sich zuhause stattfindet.

Ergänzende Einschätzungen der befragten Expertinnen und Experten

In den Expertengesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bevölkerungsgruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“ wurde deutlich, dass Kriminalprävention im Bewusstsein von Migrantinnen und Migranten offenbar unabhängig von der Kenntnis des Begriffs und der Fähigkeit, diesen in seiner Bedeutung zu erfassen, durchaus eine Rolle spielt.

Migrantinnen und Migranten sind bzw. fühlen sich als Opfer von Stigmatisierung und Diskriminierung. Viele sehen sich etwa aktuell vor dem Hintergrund des islamischen Terrorismus von der Öffentlichkeit und Teilen der Medien unter Generalverdacht gestellt. Als Opfer erleben sich Migrantinnen und Migranten in mehrfacher Hinsicht, nämlich als Opfer von Straftaten (oft mit fremdenfeindlichem Hintergrund), als Pauschalverdächtige krimineller Handlungen und schließlich auch über den Ausschluss aus gesellschaftlicher Teilhabe.

Eine aktive Beschäftigung mit den Themen Kriminalität und Kriminalprävention ist nach Aussage der interviewten Expertinnen und Experten beim Großteil der Migrantinnen und Migranten trotzdem nicht festzustellen. Ein Grund dafür sei der ungenügende Zugang zu gesell-

schaftlichen und politischen Institutionen, zu Medien und ganz allgemein zur Öffentlichkeit. Zudem wirkten sich herkunftsspezifische Besonderheiten aus. Menschen mit Migrationshintergrund verfügten über Erfahrungen (eigene oder über Berichte von Familienangehörigen) mit staatlichen Institutionen und insbesondere mit der Polizei ihrer Herkunftsländer, die ihr hiesiges Verhalten präjudizieren. Auch sprachliche Probleme wirkten sich als Benachteiligung etwa im Zusammenhang mit dem Thema Prävention aus. Erfahrungen im Herkunftsland und Sprachprobleme verstärken ihr Misstrauen etwa auch gegen eine Befragung, wie sie hier durchgeführt wurde. Eltern von Jugendlichen mit Migrationshintergrund nähmen die Themen Kriminalität und Kriminalprävention in der Regel nicht bewusst wahr.

Die Lösung, so die befragten Expertinnen und Experten, liege darin, über direkte persönliche Ansprache und einen Beziehungsaufbau Vertrauen zu schaffen. Eine andere erfolgreiche Strategie, so wurde betont, bestehe darin, „in Organisationen der Migrantinnen und Migranten hinein zu gehen und sich dabei nicht abschrecken zu lassen“. Hilfreich, so eine weitere Einschätzung, wäre zudem ein gezieltes Herantreten an die großen Migrantenverbände. Nicht jeder der einschlägigen Verbände sei hilfreich, wenn es um Prävention und Integration geht.

Auch um Jugendliche an das Thema Kriminalprävention heranzuführen, sei die persönliche Ansprache der geeignete Weg. Die Expertinnen und Experten halten es für hilfreich, wenn Jugendorganisationen z.B. in den Schulen über entsprechende Angebote und Aktivitäten informieren. Schulen seien der Ort, an denen Jugendliche am leichtesten, in hoher Anzahl und niedrigschwellig erreichbar sind. Jugendliche benötigten zudem vermehrt Anlaufstellen zur Beratung in Bezug auf Kriminalprävention. Die im Saarland inzwischen fast an jeder Schule im Sekundarbereich I tätigen Schoolworkerinnen und Schoolworker⁹ (vgl. Groß u.a. 2006) könnten hier eine noch wichtigere Rolle spielen.

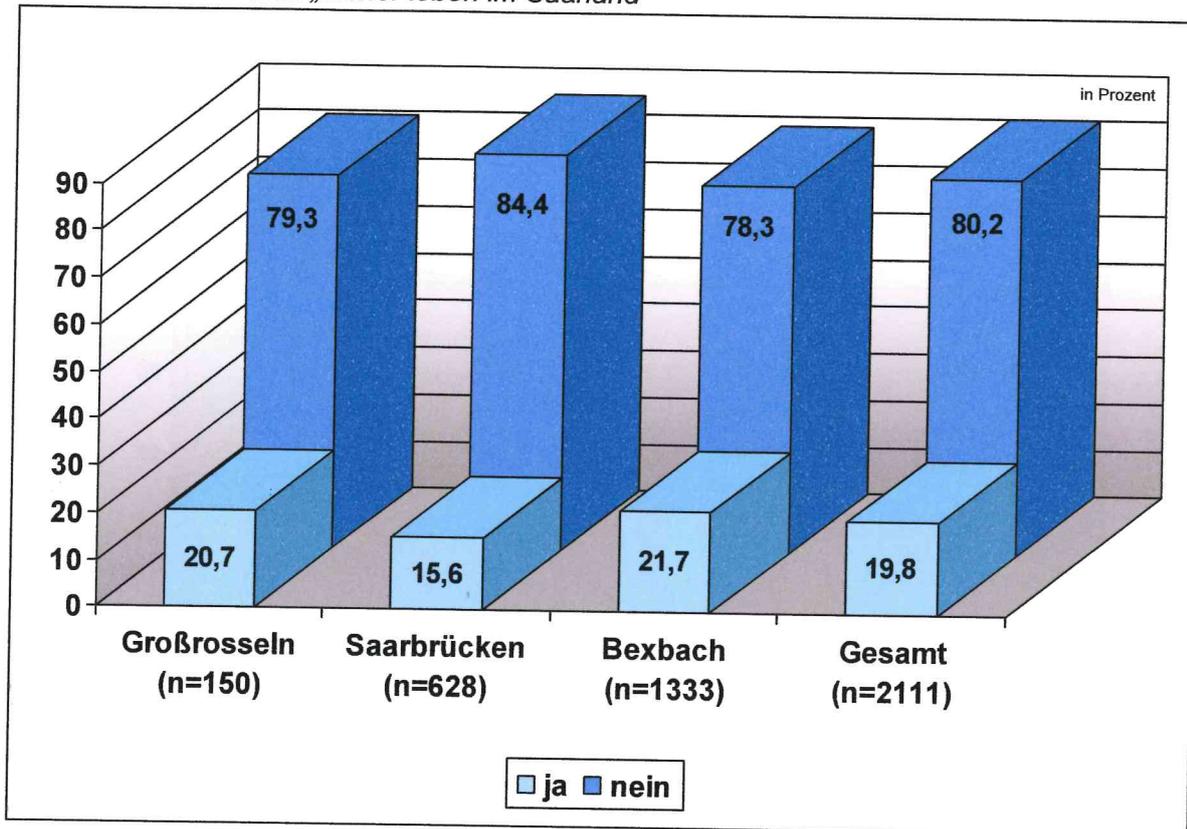
Spezifische Beratung durch die Saarländische Polizei

Ein enges Vertrauensverhältnis zur Bevölkerung ist wichtiger Bestandteil einer präventiven und bürgernahen Polizeiarbeit. Dieses Ziel soll durch das Programm „*Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes*“ (*ProPK*) unterstützt werden. Als länderübergreifende Präventionsinstanz will das Programm mit seinen Medien und Maßnahmen Polizeiarbeit vor Ort unterstützen (vgl. BMI / BMJ, 2006b, S. 672).

Im Saarland wird die Idee unter dem Slogan „*Sicher leben im Saarland*“ umgesetzt. Insbesondere zu nennen ist eine Informationsbroschüre mit Informationen zum Thema Kriminalprävention (vgl. MIFFS 2006). Die Befragten sollten angeben, ob Ihnen dieser Slogan bekannt ist (vgl. Abbildung 11).

⁹ Es handelt sich um ein saarlandspezifisches Programm der Landesregierung. An den Schulen der Sekundarstufe I ist jeweils eine sozialpädagogische Fachkraft als Bindeglied zwischen Schule und Jugendhilfe sowie zwischen Schule und dem sozialen Umfeld tätig. Anstellungsträger sind die Wohlfahrtsverbände bzw. teilweise das Jugendamt des Landkreises.

Abb. 11: Bekanntheit „Sicher leben im Saarland“



Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention

Die Abbildung veranschaulicht, dass der Slogan in den ausgewählten Regionen nur einem geringen Teil der Antwortenden bekannt ist. Nur 19,8 Prozent der Antwortenden kennen den Slogan.

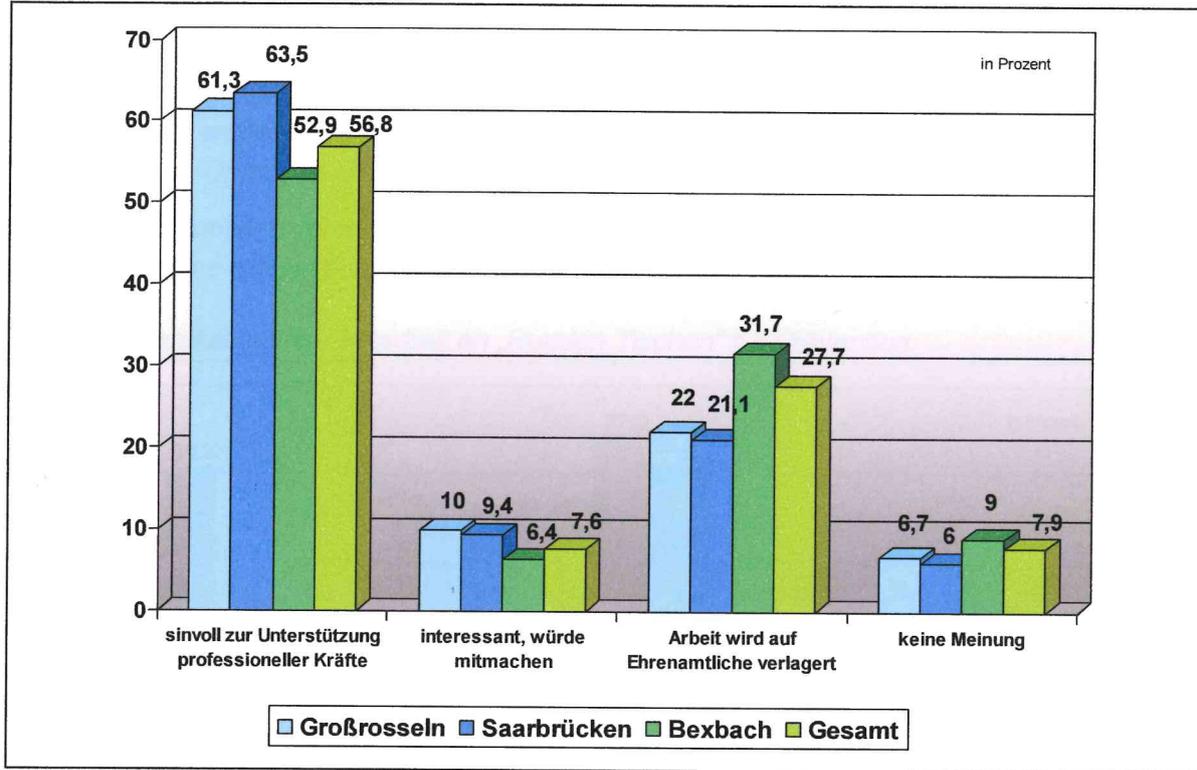
Im Weiteren sollten die Befragten - unabhängig davon, ob sie den Slogan kennen - äußern, was sie damit verbinden, welche Assoziation der Slogan bei ihnen auslöst. Aus den Antworten wird deutlich, dass man sich darunter am ehesten ein Programm vorstellt, mit dem die Sicherheit im Saarland verbessert werden soll (rund 50 Prozent der Antwortenden äußern diese Vermutung). Jeweils rund ein Viertel der Antwortenden in den Regionen stellt sich darunter eine Kampagne der Polizei oder ein Programm der Landesregierung vor. Das restliche Viertel der Antwortenden kennt die Kampagne nicht.

3.2.3 Kommunale Maßnahmen zur Kriminalprävention

Senioren sicherheitsberater/-innen in saarländischen Kommunen

Im Zuge der geschilderten Bemühungen der Saarländischen Polizei wurden im Saarland in einigen Gemeinden so genannte Seniorensicherheitsberater/-innen ausgebildet und installiert. Es handelt sich um ehrenamtlich Tätige, die eine Schulung durch die Polizei absolviert haben. Ihre Aufgabe besteht darin, Seniorinnen und Senioren in deren Wohnumfeld zu unterstützen. In der Bevölkerungsbefragung sollte dazu Stellung bezogen werden (vgl. Abbildung 12).

Abb. 12: Einschätzung zu den Seniorensicherheitsberatern



Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention (n=2035)

Die Übersicht zeigt, dass Seniorensicherheitsberater/-innen durchaus als sinnvoll angesehen werden.¹⁰ In allen drei Regionen gaben mehr als die Hälfte der Antwortenden an, dies sei eine sinnvolle Einrichtung zur Unterstützung der professionellen Kräfte. Andererseits vermerkt rund ein Viertel kritisch, dass hier Arbeit auf Ehrenamtliche verlagert werde, die besser von professionellen Kräften erledigt würde.

Runde Tische / Arbeitsgemeinschaften zur Prävention

Im Rahmen der Kampagne „Sicher leben im Saarland“ gibt es so genannte Runde Tische bzw. Arbeitsgemeinschaften für Prävention / Vorbeugung. Hier werden Informationen von Ämtern, Polizei, Justiz, Schulen, Kirchen, Vereinen, Verbänden und interessierten Privatpersonen regional zusammengeführt und man entwickelt u.a. gemeinsam Projekte und Maßnahmen zur Kriminalitätsvorbeugung. Themen dieser Runden Tische sind Fragen zur Kinder- und Jugendkriminalität, Kampagnen wie „sichere und saubere Kommune“, gegen Wohnungseinbrüche, zur Verkehrssicherheit oder auch zur Sicherheit von Seniorinnen und Senioren (vgl. MIFFS 2006).

Wie in Kapitel 2 erwähnt, war es ein Auswahlkriterium für die Pilotstudie, dass vor Ort ein Runder Tisch zur Kriminalprävention arbeitet. Folgerichtig wurde in der Befragung versucht, die Bekanntheit dieser Runden Tische abzubilden.

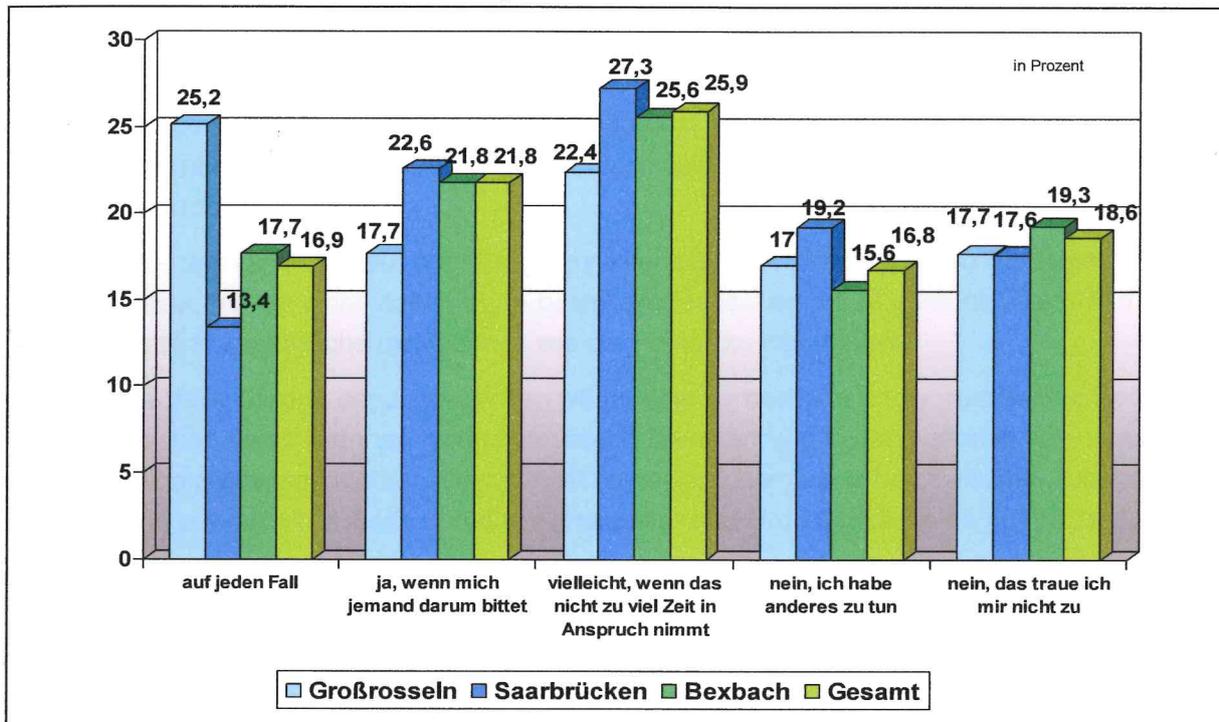
¹⁰ Zu beachten ist gerade bei dieser Frage, dass ältere Menschen in der Erhebung überrepräsentiert sind.

Nur 16,6 Prozent aller Antwortenden gaben an, ihnen sei diese Einrichtung bekannt. Zwischen den Regionen gibt es deutliche Unterschiede.

Schließlich wurde in dem Themenkomplex danach gefragt, ob Bürger/-innen Interesse daran haben, an einem Runden Tisch oder einer Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen (vgl. Abbildung 13). Die Grafik verdeutlicht: Rund 65 Prozent äußern, dass sie sich „auf jeden Fall“ bzw. „unter bestimmten Umständen“ eine Mitarbeit vorstellen könnten.

Dies ist ein bemerkenswertes Ergebnis, das zeigt, dass mehr Bürger/-innen als oft angenommen für eine aktive Mitwirkung zu gewinnen sind.

Abb. 13: Bereitschaft zur Mitarbeit an „Runden Tischen“ für Prävention



Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention (n=2054)

Wie im vorherigen Abschnitt erwähnt, ist auch das Internet - zumindest bei einem Teil der Antwortenden - eine Quelle der Information über Kriminalprävention. In Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist im Rahmen des Programms „Polizeiliche Kriminalprävention“ (ProPk) eine Internetseite entwickelt worden, in der Bürger/-innen sich ausführlich über Kriminalität informieren können (<http://www.propk.de>).

Im Rahmen der Befragung wurde diese Maßnahme angesprochen. Es war von Interesse, inwieweit die Bürger/-innen die Internetseite kennen. Lediglich bei 4 Prozent der Antwortenden ist dies der Fall.

Ergänzende Einschätzungen der befragten Expertinnen und Experten

Die Expertinnen und Experten haben wir gefragt, ob und wie lokale Arbeitsgemeinschaften Migrantinnen und Migranten unter dem Aspekt der Prävention ansprechen bzw. einbeziehen könnten. Die Interviewten sind sich einig, dass dazu zunächst „die allgemeinen Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gefördert werden müssten“. Es ge-

he um sozialräumliche Beziehungsarbeit zur Überwindung von Vorurteilen und um das Herstellen „gesellschaftlicher Normalität im Rahmen alltagsnaher und wohnquartierbezogener Aktivitäten“, bei denen dann „Integration quasi selbstverständlich und nebenbei geschehe“. Aktivitäten, die „unter dem Banner der Integration daherkommen“ seien nach ihren Erfahrungen oftmals wenig erfolgreich.

Viele Aktionen und Projekte zur Integration und damit auch zur Kriminalprävention lösen bei Migrantinnen und Migranten, so die Fachleute, zunächst Misstrauen aus, weil ihnen - aus der Sicht von Menschen mit Migrationshintergrund - der Verdacht einer Fremdbestimmung anhaftet. Als hilfreich und effizienter werden Zusammenkünfte und gemeinsame Aktionen mit „wenig offiziell pädagogischem Anspruch“ angesehen. Erfolgreich sei auch, Migrantinnen und Migranten in allgemeine „zivilgesellschaftliche Aufgaben der Gemeinde bzw. des Sozialraums“ einzubeziehen bzw. sie hierzu für eine Mitarbeit gezielt anzusprechen. Bislang, so wurde von den Expertinnen und Experten mehrfach betont, tritt Migrationspolitik noch zu stark als „Projektspolitik“ in Erscheinung. Das Ziel müsse aber darin bestehen, sie zur „Regelpolitik“ zu machen.

Ein anderes wichtiges Ziel auf dem Wege zur interkulturellen Normalität, so die Expertinnen und Experten, müsse nicht zuletzt darin bestehen, Menschen mit Migrationshintergrund beruflich verstärkt in staatliche Institutionen wie die Polizei zu integrieren.

In Bezug auf die Gruppe der Jugendlichen würde eine verbesserte und vorurteilsfreie Kooperation zwischen verschiedenen jugendrelevanten Diensten und Organisationen das Vertrauen in Kriminalprävention stärken. Dies betrifft etwa die Zusammenarbeit zwischen Jugendsozialdiensten auf der einen Seite und den Sicherheits- und Ordnungsdiensten auf der anderen („dürfen sich nicht wechselseitig verteufeln“).

Ideen und Anregungen der Befragten

Am Ende des Fragebogens wurde darum gebeten, weitere Anmerkungen zu machen oder Ideen zum Thema mitzuteilen. Obwohl so genannte offene Fragen in der Regel nur von wenigen Befragten beantwortet werden (etwa weil eine Antwort selbst formuliert werden muss), liegen zu dieser Frage 558 Vorschläge, Ideen bzw. Meinungsäußerungen vor. Dies kann als Indiz für das Engagement der Antwortenden für das Thema Kriminalitätsprävention gewertet werden. (Vgl. hierzu S. 25: die hohe Bereitschaft der Antwortenden, in gewisser Weise für ein Engagement zur Verfügung zu stehen).

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden die Antworten im Rahmen der Auswertung sortiert und kategorisiert (vgl. Abbildung 14).

Plädoyer für eine größere Präsenz der Polizei

Ein Großteil derjenigen, die diese Frage beantwortet haben, **votiert für eine Erhöhung der polizeilichen Präsenz**. Argumentiert wird damit, dass „*sichtbare Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit die beste Kriminalprävention ist*“ (so die Formulierung eines der Antwortenden).¹¹ Häufiger wird zudem der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die „*Anzahl der Fußstreifen aufzustocken*“. Auf diese Weise könnte die Polizistin bzw. der Polizist stärker als Ansprechperson für die Bürger/-innen fungieren und damit präventiv wirken.

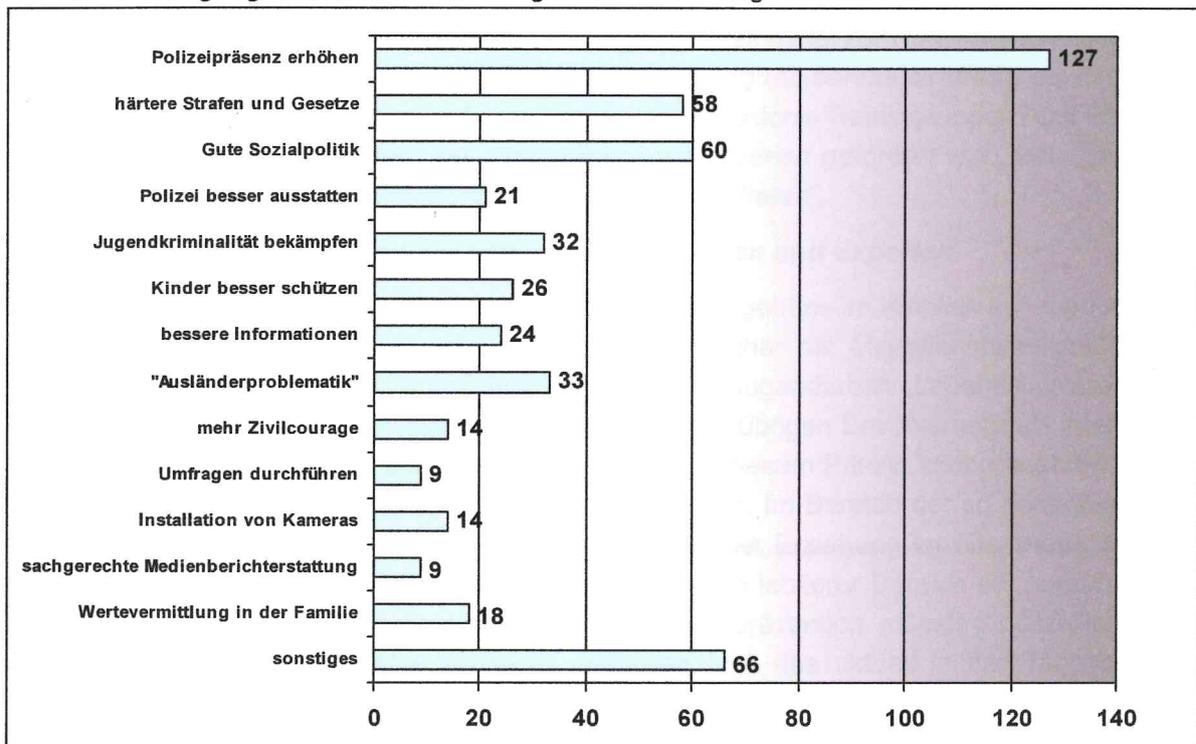
¹¹ Vgl. hierzu auch: „Polizei zeigt Präsenz an den Jugendtreffs“, Artikel in der SZ vom 3.12.08

Politik muss ihren Teil der Verantwortung wahrnehmen

An zweiter Stelle wird - im Einklang mit Konzepten der primären Kriminalprävention - **die Erwartung an die Politik formuliert, dass Bildungs- und Sozialpolitik „gerecht“ sein solle**. Die Antwortenden fordern z. B. eine „Regierung für den Mittelstand“, die an erster Stelle die finanzielle Lage aller Bürger/-innen verbessert („Steuern senken = Kriminalität senken“, so die Formulierung eines Antwortenden).

Des Öfteren wird die **Arbeitsmarktsituation angesprochen**. Gefordert werden u.a. „mehr Ausbildungsplätze und ein „Vorgehen gegen drohende Abwanderung von Arbeitskräften“.

Abb. 14: Anregungen und Ideen der Bürgerinnen und Bürger



Quelle: iSPO-Befragung zur Kriminalprävention, Mehrfachnennungen möglich (n = 558)

Konsequenteres und härteres Vorgehen gefordert

Die Justiz solle es ermöglichen, so eine andere Gruppe von Antworten, dass *die Polizei bereits bei Verdacht und nicht erst bei erfolgter Tat einschreiten kann*. Darüber hinaus werden *härtere Strafen und Gesetze gefordert, vor allem in Bezug auf Sexualverbrechen und Verbrechen an Kindern*. Wiederholt wird der Fall Pascal genannt, dessen Urteil - aus vielen Antworten erkennbar - Unverständnis hervorgerufen hat.

Der **Schutz von Kindern** wird ebenfalls häufig genannt. Um Kinder vor Kriminalität zu schützen, verlangen Befragte *mehr Aufklärung in der Schule durch entsprechend geschulte Lehrkräfte und Polizisten*. Dadurch soll etwa das Selbstbewusstsein der Kinder gestärkt werden, um in Gefahrensituationen adäquat handeln zu können. (Zitat eines Antwortenden: „Kinder müssen besser geschützt werden. Kinder brauchen eine gute Betreuung und Bil-

„Verbrechen an Kindern müssen härter bestraft werden (...). Kinder sind unser höchstes Gut!“

Zum Thema „**Ausländerkriminalität**“ hat sich ein Drittel der Antwortenden geäußert. Neben Aussagen mit dem Tenor „weniger Ausländer - weniger Kriminalität“, finden sich Aussagen, die auf die Notwendigkeit einer besseren Integration von Migrantinnen und Migranten hinweisen („Im Fußballverein sind die Ausländer gerne gesehen und sie stören eigentlich nie; im Gegenteil. Warum ist das denn sonst nicht so?“).

Ein knappes Drittel der Antwortenden spricht den Bereich der „**Jugendkriminalität**“ an. Dabei geht es zum einen um *Prävention*. Diese solle dadurch erfolgen, dass man „Jugendliche von der Straße holt“. Aber auch *geeignete Angebote der offenen Jugendarbeit* sind nach Meinung einiger Befragter bei Jugendlichen ein geeignetes Mittel zur Kriminalprävention. Auf der anderen Seite wird eine *stärkere Auseinandersetzung mit bereits straffällig gewordenen Jugendlichen gewünscht*, etwa in Form von Anti-Aggressions-Trainings oder Ausbildungscamps. Eine *härtere Bestrafung bei Straffälligkeit* wird ebenso gefordert wie „mehr gemeinnützige Arbeit als Wiedergutmachung für begangene Straftaten“.

Ergänzende Einschätzungen der befragten Expertinnen und Experten

Nach Aussagen der befragten Expertinnen und Experten geht es im Hinblick auf Jugendliche generell, insbesondere aber auch hinsichtlich Jugendlicher mit Migrationshintergrund, um das Bestreben, über Angebote und Interventionen der Jugendarbeit „Lebenssituationen zu moderieren“ und Jugendliche (sich selbst, aber auch der übrigen Bevölkerung) als integralen Bestandteil der Gesellschaft erlebbar zu machen. Nach diesem Prinzip könne auch Kriminalprävention arbeiten und dabei auf zwei Ebenen ansetzen. Im Bereich der so genannten primären Prävention etwa im Rahmen von Unterstützung der Erziehung im Elternhaus, in vorschulischen Einrichtungen und in den Schulen. Vor allem letzterer Bereich sei auszubauen. Auf der Ebene der so genannten sekundären Kriminalprävention müssten polizeiliche Sicherheitsstrategien zeitgemäße Varianten umfassen (vgl. das aktuell in der Tagespresse erwähnte Modell der Präsenz der Polizei an Jugendtreffpunkten).¹²

Die Aufgabe der Polizei dürfe nach Aussage der befragten Fachleute nicht - wie es bei Personalmangel schnell der Fall ist - auf Maßnahmen der sekundären Prävention reduziert werden. Auch erzieherische Unterstützung etwa im Rahmen von Aktivitäten an Schulen müssten Teil einer verbesserten polizeilichen Primärprävention sein.

Ein wesentliches Problem für Jugendliche, so die Expertinnen und Experten weiter, liege im Vorfeld krimineller Handlungen darin, dass - von Jugendlichen subjektiv so erlebt - Diskriminierungen und Ausgrenzungen stattfinden und in solchen Situationen zu wenig adäquate Anlaufstellen Entlastung bieten.

Eine Positivbeispiel seien die Aktivitäten der Sportvereine, und zwar im Breitensport ebenso wie im Leistungssport. Jugendliche werden „weggeholt von der Straße“, sie können ihre Talente entdecken und entlang gesellschaftlich anerkannter Leistungen erleben sie Erfolge. Schließlich lernten, so die Fachleute, Jugendliche hierbei quasi nebenbei andere Jugendli-

¹² Beschrieben wird hierbei ein Modell, bei dem Jugendliche an Treffpunkten gezielt von der Polizei angesprochen werden, bevor es zu möglichen kriminellen Handlungen kommen kann, vgl.: Saarbrücker Zeitung vom 03.12.08

che - quer durch gesellschaftliche und ethnische Gruppen - kennen und schätzen. Ethnische Zugehörigkeit, so eine Erfahrung, die Jugendliche und auch ihre Eltern in diesem Zusammenhang machten, korrelierte positiv mit gesellschaftlich anerkannten Verhaltensweisen.

Aber auch Jugendclubs und etwa Gemeinwesen- bzw. Stadtteilprojekte könnten diese Funktion erfüllen, wenn sie den Durchschnitt der Jugendlichen im Einzugsgebiet und nicht nur bestimmte (Rand-)Gruppen ansprechen. Ihr Wert werde vielfach unterschätzt. Es gelte Feindbilder abzubauen und Probleme und Konflikte auf einem bestimmten Niveau als „Lebensäußerungen junger Menschen“ wahrzunehmen, ggf. auszuhalten bzw. im Sinne einer Deeskalation zu moderieren.

Ein weiterer interessanter Aspekt wurde im Gespräch mit den Expertinnen und Experten deutlich: In einer der ausgewählten Regionen ist ein privater Sicherheitsdienst tätig. Auch für ihn gilt offenbar, dass er dann Konflikte entschärfen kann, wenn er nicht als Feindbild aufgebaut sondern als Teil einer Strategie in ein Gesamtarrangement eingebunden wird. Im Bereich der Arbeit mit Wohnungslosen etwa hat es sich in Nordrhein-Westfalen bewährt, dass Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste und Sozialarbeiter der Wohnungslosenarbeit eng zusammenarbeiten, ohne dabei gegenüber der Zielgruppe ihre Schwerpunktaufgabe zu verwischen.

Ein anderes Problem bestehe darin, so die Expertinnen und Experten, dass viele Jugendliche zu wenig Kenntnisse über Möglichkeiten der aktiven Freizeitgestaltung hätten. Um dies zu ändern, sei es wichtig, dass z.B. Jugendorganisationen in die Schulen gehen und über ihre Angebote informieren und dass die Zusammenarbeit zwischen Vereinen und Schulen verbessert wird.

Rückmeldungen, wie Polizei über Kriminalität und Kriminalprävention informieren kann

In der Bevölkerungsbefragung haben sich Bürger/-innen mit eigenen Formulierungen dazu geäußert, wie **die Polizei besser über die Themen „Kriminalität“ und „Kriminalprävention“ informieren** kann. Einige der Antwortenden fordern, dass besser kommuniziert werden soll, wo Ansprechpersonen und Angebote zu finden sind.

Wie weiter vorne (vgl. S. 22-24) ausgeführt, sind die Bekanntheit des Slogans „Sicher leben im Saarland“, der Seniorensicherheitsberater/-innen und der regionalen Runden Tische offensichtlich ausbaufähig. Themen, über die man besser informiert werden möchte, sind nach Aussage der Antwortenden u.a. „Rechtsradikalismus“ und „Schutz des Eigenheims“.

Die Gestaltung des Wohnumfeldes durch mehr Sauberkeit und Ordnung, eine *bessere Beleuchtung und die Belebung der Innenstadt bzw. der Ortskerne* ist für ein knappes Viertel der Antwortenden als Mittel der Kriminalprävention von Bedeutung.

Auch der im Fragebogen angesprochene und ebenfalls im Bericht weiter vorne (vgl. Abb. 6, S. 17) behandelte Bereich **„Erhöhung der finanziellen Mittel der Polizei“** taucht erneut als Anregung auf. Einige Antwortende versprechen sich von einer Modernisierung der Polizeiarbeit und der Aufstockung des Personals eine Verbesserung der Sicherheit an ihrem Wohnort. Stellvertretend für diese Sicht steht diese Aussage: *„Ich empfände es als sinnvoll, die Polizei technisch und personell besser auszustatten; Kriminelle verfügen oft über ein besseres Equipment als unsere Ordnungshüter.“*

Abbildung 14 (S. 27) visualisiert weitere Antwortaspekte. U.a. handelt es sich um

- die **Rolle der Familie** („Eltern sollten sich mehr mit ihren Kindern beschäftigen und Werte vermitteln“.),
- die **Forderung nach mehr Zivilcourage** („Die Leute um uns rum könnten ruhig mal mehr auf die Mitbürger achten und auch mal eingreifen wenn es brenzlich wird.“),
- die Frage der **Installation von Kameras** („müssten unbedingt installiert werden“, aber auch: „besser Polizisten auf die Straße als Kameras an allen Ecken“),
- Aussagen, die die **Bedeutung einer Befragung zum Thema Kriminalprävention hervorheben** („Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Untersuchung! Vielleicht können Sie damit etwas ‚bewegen‘. Ich hoffe und wünsche es mir.“), bis hin zur
- **Rolle der Medien** („weniger Gewalt in den Medien und sachgerechtere Berichterstattung zum Thema“).

Ergänzende Einschätzungen der befragten Expertinnen und Experten

Potenzial, vorbeugend gegen Kriminalität zu wirken, dies wurde in den Expertengesprächen mehrfach hervorgehoben, liegt vor allem bei Eltern, in Schulen und Vereinen, aber auch im Umfeld, am Arbeitsplatz und bei Jugendtreffs. Vertraute Institutionen und Menschen wie Jugendberater und präventiv tätige Beratungsstellen mit aufsuchendem Ansatz spielten flankierend eine wichtige Rolle.

In Familien mit Migrationshintergrund sind nach den Expertenaussagen zwei Reaktionen anzutreffen. Eine Gruppe schottet sich ab und praktiziert konsequent den Rückzug in die eigene Familie; die andere Gruppe schiebt die Verantwortung für die Erziehung weitgehend auf Kindergärten und Schulen. Arbeit mit Migrantinnen und Migranten müsse der einseitigen Verlagerung des Erziehungsschwerpunktes in die Elternhäuser ebenso entgegenwirken wie der Abgabe von Verantwortung an die öffentlichen Erziehungsinstanzen. Unterstützung böten dabei Elternschulen, Migrantenorganisationen und Gemeinwesenprojekte. Speziell geschulte Polizistinnen und Polizisten könnten hier ihre spezifischen Ressourcen effizient einbringen.

3.2.4 Zusatzfragen im Erhebungsbereich Bexbach

Bei der Bevölkerungsbefragung in Bexbach wurden auf Initiative der Vor-Ort-Akteure dem Fragebogen zwei Fragen angefügt, die Einschätzungen speziell auf Bexbach bezogen und hinsichtlich der dortigen Gegebenheiten und Maßnahmevorschläge abfragen bzw. erbitten. Die Auswertung dieser Zusatzfragen wird nachfolgend dargestellt.¹³

Eine der Sonderfragen bezieht sich auf *Örtlichkeiten, an denen sich Bürgerinnen und Bürger in Bexbach unsicher fühlen* (zudem sollten Gründe für die Unsicherheit genannt werden).

¹³ Die Einschätzungen der Antwortenden aus Bexbach sind offensichtlich stark von dem spektakulären Raubmord vor wenigen Jahren geprägt und vor diesem Hintergrund zu sehen.

Tabelle 3: Unsichere Örtlichkeiten n = 1123 (nur Bexbach)

Ort	Häufigkeit	Häufigkeit in %
„Grüne Lunge“ (Stadtpark)	590	52,5
Alois-Nessler- Platz	203	18,1
Am Bahnhof	130	11,6
Marktplatz	66	5,9
Messeplatz	54	4,8
Friedhof	43	3,8
Im Dunkeln überall	24	2,1
Vor Lokal „Ampel“	13	1,2

Mehr als die Hälfte der Antwortenden nennen den Stadtpark „Grüne Lunge“ als Ort, an dem man sich unsicher fühlt. Den übrigen Örtlichkeiten kommt in diesem Zusammenhang eine deutlich geringere Bedeutung zu (zwischen 10 und 20 Prozent der Nennungen erreichten lediglich noch der Alois-Nessler-Platz sowie der Bahnhofsbereich). Die Frage nach den Ursachen dieser Einschätzung ergibt das folgende Bild.

Tabelle 4: Ursachen für örtliche Unsicherheiten n = 760 (nur Bexbach)

Ursache	Häufigkeit	Häufigkeit in %
„aggressive Jugendliche“	288	37,9
„Ausländer“	136	17,9
„abgelegene, dunkle Straßen und Plätze“	102	13,4
allgemeine Angaben „nach Gefühlslage“	68	8,9
„Treffpunkte gewaltbereiter Jugendlicher“	60	7,9
„in Kenntnis aktueller Vorfälle“	51	6,7
„freilaufende Hunde“	22	2,9
Varianten subjektiver Erfahrungen	13	1,7
Varianten von Belästigungen	12	1,6
Fehlende Zivilcourage, Gleichgültigkeit	6	0,8
Nicht zuzuordnende Aussagen	2	0,3

Auch hier konzentrieren sich die Antworten auf wenige Aspekte: Mit rund 38 Prozent der Bexbacher Antworten sind „aggressive Jugendliche“ die Hauptursache für das Gefühl der Unsicherheit an bestimmten öffentlichen Orten. Nimmt man die Antwortmöglichkeit „Treffpunkte gewaltbereiter Jugendlicher“ hinzu, liegt der Anteil der Antworten, die eine aus Sicht

der Antwortenden von Jugendlichen verursachte Unsicherheit erkennen lassen, bei rund 46 Prozent. Für rund 18 Prozent der Antwortenden in Bexbach sind „Ausländer“ eine Ursache für örtliche Unsicherheiten.

Gefragt wurde schließlich auch, welche Maßnahmen aus Sicht der Bevölkerung geeignet sind, die Sicherheit in Bexbach zu verbessern.

Tabelle 5: Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit in Bexbach (n =1330)

Maßnahme	Häufigkeit	Häufigkeit in %
Polizei soll präsenter sein; soll „durchgreifen“	731	55,0
mehr Jugend- und Integrationsarbeit	111	8,3
Kamera- bzw. Videoüberwachung	71	5,3
Bessere Ausstattung der Polizei	68	5,1
bessere Beleuchtung	68	5,1
konsequentere Strafen, härtere Gesetze	67	5,0
Arbeit, Beschäftigung und Ausbildung für Jugendliche schaffen	38	2,9
Einsetzen eines Sicherheitsdienstes	37	2,8
Zusammenarbeit von Schulen, Familien, Kirche verbessern; mehr Hilfen für Eltern	20	1,5
Begrenzung von Migration	19	1,4
mehr Alkoholkontrollen bei Jugendlichen	17	1,3
bessere Informationen über Kriminalität	17	1,3
Einsetzen von Bürgerhilfen / Bürgerwehr	14	1,0
bessere Verkehrskontrollen	13	0,9
mehr Zivilcourage zeigen	10	0,8
Erziehung in den Familien fördern	9	0,7
verpflichtende gemeinnützige Arbeit Täter	8	0,6
einschlägige Kneipen schließen	6	0,5
Belebung von Stadtteilen	6	0,5

Die Antworten sind breit gestreut; sie umfassen praktisch alle im Rahmen dieser Auswertung erwähnten Aspekte. Mit 55 Prozent der Antworten bezieht sich jedoch eine große Mehrheit auf **vermehrte Polizeipräsenz und stärkeres polizeiliches „Durchgreifen“**. Damit dominiert die Forderung nach polizeilichen bzw. staatlichen Sicherheitsmaßnahmen vor sozialpolitischen Initiativen und vor Konzepten wie dem Runden Tisch.

4 Fazit und Ausblick

Aus den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung per Fragebogen und der Experteninterviews lassen sich die folgenden Schlussfolgerungen ziehen:

- Das subjektiv empfundene Sicherheitsgefühl der Bürger/-innen in den befragten drei saarländischen Regionen stimmt - wie dies auch bei anderen Bevölkerungsumfragen herausgearbeitet wurde - nur teilweise mit den objektiven Fakten überein. Insbesondere bei Delikten, die in den Augen der Bevölkerung als besonders schwerwiegend empfunden werden, wird eine Zunahme entsprechender Straftaten vermutet. Ein Grund hierfür wird u.a. in der hohen Medienresonanz gesehen, die solche Delikte haben. Neben der Entwicklung passgenauer Maßnahmen zur Verhinderung von Kriminalität könnte z.B. eine Aufgabe der Verantwortlichen - etwa an den örtlichen Runden Tischen oder der zuständigen saarländischen Ministerien - sein, Bürgerinnen und Bürger systematischer und zeitnäher als bisher über die tatsächliche Entwicklung von Kriminalität insgesamt und in verschiedenen Deliktbereichen aufzuklären (vgl. Kap. 2, Frage (1), S. 4).
- Maßnahmen zur Kriminalprävention sollten aus Sicht der Antwortenden auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Während am einen Ende des Spektrums möglicher Maßnahmen die Politik gefordert ist („Sozialpolitik als Mittel der Kriminalprävention“), stehen am anderen Ende der Präventionskette in Bezug auf Kriminalität die Bürgerinnen und Bürger selbst, die etwa durch Zivilcourage, Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliches Engagement für ihr Wohnquartier einen größeren Beitrag als bisher leisten könnten und zu leisten bereit sind (vgl. Kap. 2, Frage (5), S. 4).
- Bürger/-innen wissen, dass von der Polizei nicht erwartet werden kann, Kriminalität grundsätzlich zu verhindern. Die Antworten der Befragten lassen jedoch erkennen, dass man der Polizei sehr wohl zutraut „ihr Kerngeschäft“ noch effektiver als bisher zu erledigen, wenn sie entsprechend ausgestattet ist. Als Beleg für diese Überzeugung werten wir den Wunsch vieler Antwortender, die Polizei möge stärkere Präsenz vor Ort zeigen. Nach Meinung der Antwortenden ist eine wichtige Komponente von Kriminalprävention die direkte und unmittelbare Gewährleistung von Sicherheit in Situationen, die in der Bevölkerung als bedrohlich bzw. Verunsicherung empfunden werden.
- Wenn am Wohnort konkrete Vorfälle die Erfahrung der Antwortenden prägen, dies zeigt die Sonderauswertung in Bexbach, möchte ein Großteil der Antwortenden, dass die Polizei durchgreift und „das Problem löst“.
- Bürger/-innen wollen sich - auch dies lässt sich aus der Befragung ablesen - mit dem Thema Kriminalprävention durchaus beschäftigen. Anlass hierzu ist zur Hauptsache die Berichterstattung in den Medien, aber teilweise auch die persönliche Bekanntschaft mit Opfern, bzw. die eigene Betroffenheit von Kriminalität (vgl. Kap. 2, Frage (2), S. 4). Die Bürger/-innen kennen aber offensichtlich die vorhandenen Möglichkeiten zur Beschäftigung mit Kriminalprävention auf kommunaler Ebene noch zu wenig. Bevorzugte Informationswege sind nach ihren Antworten die örtliche Polizeidienststelle sowie „konventionelle“ Informationsmaterialien wie Faltblätter und Broschüren. Bürger/-innen sprechen sich zudem für eine Beratung durch die Polizei aus (vgl. Kap.

2, Fragen (3) und (4), S. 4). Unter Berücksichtigung, dass in allen Pilotregionen bereits Beiräte zur Kriminalprävention arbeiten, ist festzustellen, dass deren Bekanntheitsgrad ebenso ausbaufähig ist wie der der Seniorensicherheitsberater/-innen. Auch die Kampagne „Sicher leben im Saarland“ ist offenbar nur wenig bekannt (vgl. Kap. 2, Frage (6), S. 4).

- Bemerkenswert ist das Ergebnis, wonach sich eine ganze Reihe der Befragten durchaus vorstellen kann, sich aktiv für Kriminalprävention zu engagieren. Unterschiedlich bewertet wird jedoch die Form eines möglichen Engagements. Nachbarschaftshilfe spielt dabei eine größere Rolle als eine organisierte Tätigkeit im Ehrenamt. Das Beispiel der Seniorensicherheitsberater/-innen zeigt andererseits, dass profilierte ehrenamtliche Tätigkeit als professionelle kriminalpräventive Arbeit ergänzende und unterstützende Aufgabe durchaus als interessant eingestuft werden.
- Die Experteninterviews haben im Hinblick auf die Sichtweisen der Jugendlichen und der Menschen mit Migrationshintergrund die Schlussfolgerungen aus der Bevölkerungsbefragung weitgehend bestätigt und darüber hinaus zusätzliche interessante Hinweise geliefert (vgl. Kap. 2, Frage (7), S. 4).
- Vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, so die Einschätzung der Expertinnen und Experten, benötigen einen verbesserten Zugang zu Öffentlichkeit und Medien, um für sich das Thema Prävention zu entdecken.
- Für Jugendliche müssen nach Experteneinschätzung u.a. vermehrt Anlaufstellen für Kriminalprävention geschaffen bzw. bekannt gemacht werden. Die Schoolworker/-innen können hier ein hilfreiches Bindeglied sein.
- Sowohl für Jugendliche als auch für Menschen mit Migrationshintergrund wird als wichtiger Aspekt kriminalpräventiver Aktivitäten die persönliche Ansprache genannt. Dabei müssen klischeehafte „Feindbilder“ etwa zwischen Sozialarbeitern und Polizisten abgebaut und zugunsten einer sachbezogenen Kooperation verändert werden. Es geht nicht darum, dass Sozialarbeiter/-innen Polizeiarbeit verrichten und auch nicht darum, dass Polizei zur Sozialarbeitsinstanz wird. Schnittmenge beider Professionen im Präventionsbereich ist die Beziehungsarbeit. Professionelle Beziehungsarbeit umfasst dabei den wertschätzenden und grundsätzlich achtungsvollen Umgang miteinander, aber auch die Konfrontation mit möglichen Konsequenzen, die delinquente Verhaltensweisen nach sich ziehen. Dass vor dem Hintergrund der verschiedenen gesetzlichen Regelwerke Polizei und Sozialarbeit in der Zuspitzung konfliktträchtiger Situationen unterschiedliche Handlungsmuster anwenden (müssen), darf hierbei nicht negiert werden. Daraus einen grundsätzlichen Gegensatz abzuleiten, ist aber weder zielführend noch notwendig.

5 Handlungsempfehlungen

- **Stärker herausstellen: „Deutschland ist ein sicheres Land!“**

Die Erhebungen haben gezeigt, dass in der Einschätzung von rd. Zweidrittel der Befragten „Deutschland ein eher sicheres Land ist“. In der Öffentlichkeitsarbeit der Polizei und als Rahmeninformation bei Maßnahmen zur Kriminalprävention sollte dieser Aspekt stärker herausgestellt werden. (Vgl. S. 8)

- **Vorsicht (Denk-)Falle: Die Bürger/-innen vermuten den Anstieg von Kriminalität nicht in ihrem eigenen Stadtteil!**

In der Bevölkerung herrscht nach den Befragungen in der Tendenz offenbar die Einschätzung, dass Kriminalität eher auf nationaler Ebene steigt als im eigenen Stadtteil bzw. der eigenen Gemeinde. Ein Großteil der so genannten alltäglichen Kriminalität spielt sich jedoch eher regional/lokal ab. Deshalb könnte diese Sicht in der Bevölkerung kontraproduktiv sein, wenn es etwa darum geht, sich als Bürger im privaten Bereich zu schützen oder sich am Wohnort zu engagieren bzw. Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. (Vgl. S. 12)

- **Das Vertrauen in die Polizei ist in der Bevölkerung nach wie vor hoch. Diese positive Einschätzung darf nicht verspielt werden!**

Knapp 40% der Befragten bekunden ihr Vertrauen in die Polizei, begangene Straftaten aufzuklären (vgl. S. 13). Es sollte alles getan werden, um diese Quote nicht nur zu erhalten sondern weiter zu stabilisieren.

- **Das Vertrauen in die Polizei, Straftaten vorzubeugen ist ausbaufähig!**

Nur rd. 20% der Befragten geben an, sie hätten sehr großes bzw. eher großes Vertrauen in die Polizei, Straftaten vorzubeugen. (Vgl. S. 14) Damit bringen die Befragten zum Ausdruck, dass ihrer Meinung nach an diesem Punkt Handlungsbedarf besteht.

„Mehr Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit - vgl. etwa die Arbeit des Kontaktpolizisten -, so wird an anderer Stelle deutlich (vgl. S. 15 und 26), ist in den Augen von über 50% der Antwortenden eine der möglichen Maßnahmen, um hier Abhilfe zu schaffen.

Wiederum gilt die Positivzuschreibung: Die Befragten schreiben der Polizei hinsichtlich eines „... wirksamen kriminalpräventiven Handelns ein gewisses Potenzial zu“. (Vgl. S. 16)

- **Die Polizei muss zur Erfüllung ihrer Aufgaben über geeignete Mittel verfügen!**

Dass hinsichtlich der Vorbeugung vor Kriminalität die Polizei über die geeigneten Mittel verfügen muss, bringen rund 70 % der Antwortenden zum Ausdruck, wenn sie (vgl. S. 17) der Auffassung sind, die Politik solle die finanzielle Ausstattung der Polizei verbessern“. Sie weisen damit die Politik auf ihre Verantwortung hin.

- ***Ehrenamtliches Engagement als Mittel zur Vorbeugung vor Kriminalität ist in den Augen der Antwortenden nur eine untergeordnete Möglichkeit!***

Nur rd. 9% der Antwortenden setzen auf ehrenamtliches Engagement, wenn es um die Frage nach den Möglichkeiten der Bürger geht, etwas zur Vorbeugung gegen Kriminalität zu tun. Andererseits sind rund 45% der Befragten der Meinung, dass die Bürger/-innen gute Möglichkeiten haben, etwas gegen Kriminalität zu tun. Sie meinen damit aber vor allem „Zivilcourage zeigen“ und „sich in der Nachbarschaftshilfe engagieren“. (Vgl. S. 18)

- ***Bürger würden sich Informationen „bei der nächsten Polizeidienststelle“ holen und sie wollen besser über Ansprechpersonen zur Thematik informiert werden!***

Rund 42% der Antwortenden würden sich bei Bedarf Informationen über Präventionsmöglichkeiten bei der nächsten Polizeidienststelle holen (vgl. S. 20). Die Expertengespräche liefern zudem den Hinweis (vgl. S. 29), dass nicht ausreichend bekannt ist, wohin sich die Bürger wenden können, um Informationen zu erhalten. Wir werten beide Aussagen als Hinweise auf die Wichtigkeit der Polizeipräsenz vor Ort, aber auch darauf, dass die Bevölkerung „zu ihrer Polizei“ großes Vertrauen hat.

- ***Der Slogan „Sicher leben im Saarland“ ist ebenso wenig bekannt wie die örtlichen bzw. regionalen Gremien zur Kriminalitätsverhütung!***

Nur knapp 20% der Antwortenden kennen den Slogan (vgl. S. 23) und nur knapp 17% die kommunalen Gremien zur Kriminalitätsverhütung (vgl. S. 25). Damit sind deutliche Hinweise auf Handlungsbedarf gesetzt, um eine stärkere Sensibilisierung für das Thema Kriminalitätsverhütung zu erreichen. Im Kontext mit anderen Ergebnissen dieser Studie sollten vor allem Aktivitäten auf der örtlichen Ebene verstärkt durchgeführt werden, um somit die Kampagne „Sicher leben im Saarland“ sowie die Existenz und die Arbeit der kommunalen Gremien zur Kriminalitätsverhütung besser bekannt zu machen. Dabei sollte die Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei sowie anderen Akteuren im präventiven Bereich (z.B. Schulen und Organisationen der Jugendarbeit, Arbeit mit Migranten) weiter intensiviert werden.

- ***Präsenz der Polizei erhöht in den Augen der Antwortenden die Sicherheit; wenn wie in Bexbach trotzdem ein Verbrechen geschieht, vertreten die Antwortenden die Meinung, dass „die Polizei durchgreifen soll!“***

Vor allem in Bexbach hat sich dieses Antwortverhalten gezeigt: Die Befragung hat die Erwartung unterstrichen (rund 55% der Antwortenden votieren hierfür): Zur Erhöhung der Sicherheit soll die Polizei präsent(er) sein - und „bei Vorfällen auch durchgreifen“. (Vgl. S. 33)

6 Literaturverzeichnis

- Boers, Klaus (1991): Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems, Pfaffenweiler.
- Bundesministerium des Innern (BMI): Die Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland. Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2006 (PKS), Berlin
- Bundesministerium des Innern (BMI): Die Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland. Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2007 (PKS), Berlin
- Bundesministerium des Innern (BMI) / Bundesministerium der Justiz (BMJ); 2006a: Zweiter periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung, Kurzfassung, Berlin.
- Bundesministerium des Innern (BMI) / Bundesministerium der Justiz (BMJ); 2006b: Zweiter periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung, Langfassung, Berlin.
- Dittmann, Jörg (2005): Entwicklung der Kriminalitätseinstellungen in Deutschland - eine Zeitreihenanalyse anhand allgemeiner Bevölkerungsumfragen, Discussion Papers des DIW, Nr. 468, Berlin.
- Groß, Dirk, Bitterlich, Melanie (2006): Modellprojekt „Schoolworker“ zur Förderung einer Kooperationskultur von Jugendhilfe und Schule, Abschlussbericht der Wissenschaftlichen Begleitung, Saarbrücken
- Heinz, Wolfgang (2004): Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht. In: Kerner, H.-J.; Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover. http://www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/heinz/index_9_heinz.html
- Landeskriminalamt Saarland (LKAS): Bericht über Stand und Entwicklung der Kriminalität im Saarland für 2006, Saarbrücken.
- Landeskriminalamt Saarland (LKAS): Bericht über Stand und Entwicklung der Kriminalität im Saarland für 2007, Saarbrücken.
- Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport des Saarlandes (MIFFS); 2006: Sicher leben im Saarland. Unsere Hilfe auf dem Weg zu Ihrer Sicherheit, Saarbrücken.
- Schwind, H.-D., Ahlborn, W. und R. Weiss (1989): Dunkelfeldforschung in Bochum 1986/87, BKA-Forschungsreihe Band 21, Wiesbaden.